

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 3.40 RM., monatlich 1.00 RM.,
 fest im Haus, vorausschickend. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 monatlich, vom Postamt abgeholt
 1.50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1.94 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4.— RM. für das übrige Ausland
 6.50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 2.— RM.
 Postbestellungen nehmen an Dänemark,
 Holland, Dänemark, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Kontaktperson: Werner
 „Sozialdemokratischer“

Anzeigenpreis:
 Die Rubrikpatrone Rotenfeldstraße
 80 Bg. „Neues Anzeigen“, bei
 festgedruckte Wort 30 Bg. (ausdrück-
 lich festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Bg. Stellungs- und
 Schließungsanzeigen das erste Wort
 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Feuerungsanzeigen 30%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Verträge - Anzeigen
 70 Bg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Schließt den 3 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Mittwoch, den 16. Oktober 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neue Note Wilsons.

Das Ergebnis der Wahl in Berlin I.

Stichtwahl zwischen Kempner und Heimann.
 Das Ergebnis der gestrigen Reichstagswahl im ersten Berliner Wahlkreis gestaltete sich folgendermaßen:

Kempner (Fortschr. Volkspartei)	2294
Heimann (Soz.)	1720
Räder (Unabhängiger)	513
Gellert (konj. sog. Angestelltenpartei)	180
Serplittert	49
Absolute Mehrheit	2373

Stichtwahl zwischen Kempner und Heimann am 29. d. M.
 Beteres siehe Beilage.

gen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzuweifelhaft wissen, mit wem sie verhandeln.
 Der Präsident wird eine besondere Antwort an die Kaiserlich-Königliche Regierung von Österreich-Ungarn absenden. Empfangen Sie, mein Herr, die erucule Versicherung meiner Hochachtung.
 Robert Lansing.

Die neue Note des amerikanischen Präsidenten unterscheidet sich von ihrer letzten Vorgängerin dadurch, daß sie keine genauen Fragen stellt, deren Beantwortung unmittelbar gefordert wird, sondern vielmehr eine Darstellung der weiteren Absichten des Präsidenten gibt, die natürlich sorgfältige Überlegung erfordert.

Auch die neue Note Wilsons zerfällt in einen militärischen und in einen politischen Teil. Was den ersten betrifft, so ist zunächst zu sagen, daß die Wünsche, die er vorbringt, am raschesten und sichersten durch den sofortigen Eintritt des Waffenstillstandes Erfüllung finden würden. Mit dem Waffenstillstand hört der unbeschränkte U-Boot-Krieg, den wir Sozialdemokraten bekämpft haben, und hören die Verstärkungen des Rückzugs, die sich nach der Versicherung des deutschen Generalsstabs auf das militärisch Notwendige beschränken, von selber auf. Den Passagieren der auf See befindlichen Schiffe wird dadurch das Leben gerettet, die Bevölkerung der vom Kriege betroffenen Gebiete und die Kämpfer selbst werden vor unmöglichen Leiden bewahrt. Die gegenwärtige deutsche Regierung würde zudem mit dem festen Willen in die Verhandlungen eintreten, durch sie den dauernden Frieden der Welt zu sichern. Wenn die Gegenseite mit der gleichen Absicht zur Beratung kommt, verlieren weitere Abmachungen über die künftige Kriegführung ihre aktuelle Bedeutung.

Präsident Wilson erklärt weiter, daß die Entscheidung über die Räumung der besetzten Gebiete und die Bedingungen des Waffenstillstandes den Militärs der Gegenseite vorbehalten bleibe. Ueber die Absichten der Gegenseite in dieser Beziehung Näheres zu erfahren, ist der Zweck der gemischten Militärkommission, deren Einsetzung Deutschland vorgeschlagen hat. Die Gegner glauben, für die weitere Kriegführung alle Trümpe in der Hand zu haben und wollen sich diese nicht durch Bedingungen für den Waffenstillstand, die für sie unangünstig sind, aus der Hand nehmen lassen. Es handelt sich dabei ganz offensichtlich um Fragen, die nur in Besprechungen von Angesicht zu Angesicht erledigt werden können. Diese Besprechungen so bald wie möglich herbeizuführen, müßte eine dringende Angelegenheit für jeden sein, der eine überflüssige Verlängerung des Völkergemeinels vermeiden will.

In politischer Beziehung glaubt Wilson noch einmal auf jenen Punkt seines Friedensprogramms hinzuweisen zu müssen, der die sichere Ausschaltung des persönlichen Regiments verlangt. Da die neue Regierung des deutschen Volkes bereits erklärt hat, daß sie sich die Grundsätze Wilsons ganz zu eigen mache, ist es klar, daß sich die Annahme auch auf diesen Punkt bezieht.

Die Ausschaltung des persönlichen Regiments ist eine Forderung, die dem deutschen Volke keineswegs erst von außen aufgedrängt zu werden braucht. Die sozialdemokratische Partei, die bei der letzten Wahl mehr als ein Drittel des deutschen Volkes unter ihren Fahnen vereinigte, hat diese Forderung stets aufs eindringlichste vertreten. Ueber ihre unbedingte Notwendigkeit dürfte aber heute in keinem nennenswerten Teil des deutschen Volkes noch irgendein Zweifel bestehen. Denn erstens einmal ernten wir jetzt die Früchte des alten Systems, erhalten wir Lehren von eindringlicher Schärfe über das gängliche Verjagen veralteter Regierungsmethoden. Dann

aber stellen diese Regierungsmethoden, die jetzt ja auch in Deutschland tatsächlich abgeschafft sind, seit dem Sturz des russischen Zarismus eine gänzlich vereinzelte und darum unhaltbare Regelwidrigkeit im Völkerverhalten dar. Dem Namen nach unterscheidet man zwischen Republiken und Monarchien. Die Republiken haben sich den größten Teil der Welt erobert. Wo aber noch Monarchien bestehen, wie z. B. auch in einigen der gegen uns verbündeten Länder, ist der Krone lediglich die Aufgabe der äußeren Repräsentation verblieben, während die eigentlichen Regierungsgeschäfte in die Hand einer aus der Volkvertretung hervorgegangenen obersten Behörde gelegt sind.

Deutschland befindet sich in diesem Augenblick im Uebergang zum demokratischen Regierungssystem, der in seinem wesentlichsten Teil schon vollzogen ist, während an seinem Ausbau rüstig gearbeitet wird. Noch ehe die neue Note Wilsons in Berlin bekannt war, hatte der Bundesrat beschloffen, dem Reichstag eine Änderung des Artikels 11 der Verfassung vorzuschlagen, wodurch die eigentliche Entscheidung über Krieg und Frieden der Volkvertretung überlassen wird. Das von der Regierung angenommene Programm der Mehrheitsparteien fordert Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt und Befestigung aller militärischen Stellen, die der Beeinflussung in politischen Angelegenheiten dienen. Ein weiterer Schritt, der nötig sein wird und der nicht erst von den Gegnern gefordert zu werden braucht, weil er von der deutschen Volks selbst verlangt wird, ist die Ernennung und Beabsichtigung der Offiziere durch einen dem Reichstagler unterstellten und der Volkvertretung verantwortlichen Kriegsminister. Der unverantwortliche Einfluß des Geheimen Militärkabinetts, der von den Parteien der Linken, ganz besonders von der Sozialdemokratie, schon vor dem Kriege bekämpft wurde, würde dadurch ausgeschaltet werden.

Das deutsche Volk büßt heute bitter die politischen Fehler, die es begangen hat. Hätte es der Sozialdemokratie die Kraft verliehen, die Demokratisierung aller Staatseinrichtungen schon vor dem Kriege durchzuführen, dann wäre ihm wer weiß wieviel erspart geblieben, zum mindesten dies, daß eine von den eigenen Volksgenossen vertretene Forderung nun als eine Forderung der Gegner im Kriege erscheint, und daß der Versuch gemacht wird, ihm von außen her aufzuerlegen, was längst seine eigene Lebensnotwendigkeit gewesen ist.

Die Note Wilsons enthält noch keine Zusätze auf das Ersuchen der deutschen Regierung, der Präsident möge die Herbeiführung des Friedens in seine Hand nehmen. Offenbar schweben noch zwischen Wilson und seinen Verbündeten Verhandlungen, deren zu erwartendes Ergebnis durch die neue Note in ihrer mutmaßlichen Richtung angedeutet wird. Die Pause wird durch den mißtonenden Börm französischer und englischer Blätter ausgefüllt, der wahrlich nicht danach klingt, als ob ein Frieden der allgemeinen Weltverjüngung unmittelbar bevorstünde.

Die zum Teil überaus weitgehenden Forderungen der anscheinend inspirierten englischen und französischen Presse machen den dringenden Rat nötig, den Dogen nicht zu überspannen. Das deutsche Volk ist heute friedensgeneigt wie noch nie, es arbeitet an seiner demokratischen Erneuerung und ist bereit, dem Gedanken eines durch den Völkerverbund gesicherten Friedens große Opfer zu bringen. Ein Rückschlag dieser Stimmung ist nicht unmöglich, wenn sich der Eindruck verstärkt, daß man auf der anderen Seite nicht geneigt ist, dem deutschen Volke einen letzten Bergweihungskampf zu ersparen. Ob dieser Kampf dann unter der gegenwärtigen oder unter einer anderen Regierung geführt werden würde, jedenfalls kämen durch ihn, ganz abgesehen von der neuen unermeßlichen Vernichtung von Menschenleben, auch zwei ideale Güter in Gefahr, deren Erreichung nach den Versicherungen der Gegner der eigentliche Sinn des Krieges sein soll: die Demokratisierung Deutschlands und die Errichtung eines Völkerverbundes zur dauernden Sicherung des Friedens. Das Scheitern der gegenwärtigen Friedensbestrebungen könnte vielleicht wieder die alten Mächte zur Herrschaft bringen, denen die Volkregierung ein Greuel ist und die (ganz wie Clemenceau und die Londoner „Morningpost“) die Idee eines Völkerverbundes als Utopie verachten.

Großes kann jetzt werden, wenn bald Waffenstillstand wird, wenn die Verhandlungen beginnen und einen allgemeinen Zustand herbeiführen, mit dem das deutsche Volk sich abfinden kann. Großes kann aber auch vernichtet werden, wenn die Prediger der rücksichtslosen Fortführung, der unveröhnlichen Unterwerfung drüben die Oberhand behalten. Jetzt wird über die Zukunft der Menschheit für Jahrhunderte entschieden. Mögen alle, die auf den Gang der Ereignisse Einfluß haben, die Neutralen, die Sozialisten, Arbeiterparteiler und ehrlichen Friedensfreunde des Auslandes das Ihre dazu tun, daß das von der neuen deutschen Regierung angenommene Programm Wilsons nicht in sein Gegenteil verkehrt und zur Frage entstellt wird. Die deutsche Sozialdemokratie, un-

Washington, 14. Oktober. (Neuter.) Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement vom 14. Oktober.

Mein Herr! In Verantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die ungeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des Deutschen Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstands Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß seine Regierung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht

völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit

der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird. Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführender assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die

ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen verladen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg mutwilliger Verwüstung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner, beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung, fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörender Herzen hindrücken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Haltung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt: „Die

Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich, geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann, oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlicher Unvermögen und (solgt eine Telegrammübermittlung)“ Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled) ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird. Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Frieden durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem beständigen Charakter der Bürgschaften abhän-

fermt von den bürgerlichen Friedensfeinden Deutschlands, ist bereit, alles was menschenmöglich ist, zu tun, um die Welt aus dem gegenwärtigen furchtbaren Zustand in ein freieres, besseres Dasein hinüberzuführen. Drüber aber soll man auch wissen, daß es Grenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen, ohne daß das begonnene Werk wieder in Schutt und Trümmer zerfällt und die Hölle der Vernichtung wieder alle Schilde aufst. Vielleicht wird dann dieser Krieg nach den Wünschen derer enden, die Deutschland am tiefsten hoffen. An der Schwelle des Friedens, den sie wollen, wird aber neuer Krieg stehen!

Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden.

Änderung des Art. 11 der Reichsverfassung.

Dem Reichstag ist folgende vom Bundesrat bereits beschlossene Vorlage zugegangen:

Im Artikel 11 der Reichsverfassung werden im Abs. 2 hinter den Worten „des Bundesrats“ die Worte eingeschaltet:

„und des Reichstags“

sowie der Abs. 3 durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.“

Dem Wortlaut des Entwurfs folgt diese Begründung.

Die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs, Bundesrat und Reichstag, sind nach den Vorschriften der Reichsverfassung zwar bei der Gesetzgebung in gleicher Weise zur Mitwirkung berufen (Art. 6 Abs. 1 der Reichsverfassung), nicht aber bei der Entscheidung über Krieg und Frieden.

Daß der Reichstag auch bei diesen Entscheidungen zur vollen Mitwirkung gelangt, liegt in der Richtung der gegenwärtigen Neuordnung der verfassungsmäßigen Zustände in Deutschland. Die Vertretung des deutschen Volkes muß nicht nur tatsächlich in der Lage, sondern auch verfassungsrechtlich berufen sein, an der Entscheidung über Krieg und Frieden in mittelbar teilzunehmen. Hierzu ist eine Änderung des 2. und 3. Absatzes des Artikels 11 der Reichsverfassung erforderlich.

Nach Art. 11 Abs. 2 der Reichsverfassung ist zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.

Der Reichstag ist nach bisherigem Rechte nur bei der Beschlussfassung über die Aufbringung der zur Kriegsführung erforderlichen Mittel in der Lage, die Aufstellung zur Geltung zu bringen, wie der denkwürdige 4. August 1914 beweist. Darüber hinaus soll er in Zukunft gleich wie der Bundesrat in der Weise zur Mitwirkung berufen sein, daß

ohne seine Zustimmung eine kantonsmäßig gültige Kriegserklärung nicht zustande kommen kann. Allerdings ist in den Zeiten zwischen den einzelnen Legislaturperioden kein Reichstag vorhanden; Gefahren für das Reiches Sicherheit können aber hieraus nicht entstehen, da Art. 11 Abs. 2 der Reichsverfassung im Falle eines Angriffs auf die Reichsgrenzen, der eine sofortige Entscheidung verlangen könnte, keine Anwendung findet.

Art. 11 Abs. 3 lautet folgendermaßen:

„Insoweit die Verträge mit fremden Staaten sich auf solche Gegenstände beziehen, welche nach Artikel 4 in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören, ist zu ihrem Abschluß die Zustimmung des Bundesrats und zu ihrer Gültigkeit die Genehmigung des Reichstags erforderlich.“

Hier wird zwischen der Mitwirkung des Bundesrats und der des Reichstags ein Unterschied gemacht, der zu einer Fülle von Zweifeln und Streitigkeiten Veranlassung gegeben hat. Der Entwurf will diesen Unterschied beseitigen und zugleich bestimmen, daß jeder Vertrag, der sich auf einen Gegenstand der Reichsgesetzgebung bezieht, zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Bundesrats und Reichstags bedarf. Hierbei werden die Friedensverträge besonders hervorgehoben, um den Geist zu kennzeichnen, in dem die Regelung erfolgen soll; auch sind Friedensverträge denkbar, die sich nicht auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen.

Deutschlands Friedensangebot im amerikanischen Senat.

Amsterdam, 15. Oktober. Nach Meldungen aus Washington hat der republikanische Senator New im Senat die Debatte über Deutschlands Friedensangebot eröffnet. Er erklärte, daß nichts weniger als bedingungslose Übergabe der deutschen Armee die Forderungen des amerikanischen Volkes befriedigen könnte. Die Senatoren empfangen viele Telegramme aus ihren Wahlkreisen, in denen ihnen angeraten wird, keinen Waffenstillstand zu schließen. Senator Lodge brachte eine Resolution mit dem Antrag ein, mit der deutschen Regierung keinen anderen Gedankenaustrausch über den Waffenstillstand zu führen und allein über „bedingungslose Übergabe“ zu unterhandeln.

Französisches Mißtrauen in die deutschen Friedensabsichten.

Havas gegen Ludendorff.

Paris, 14. Oktober. Havas erklärt: Man sei einmütig in der Feststellung, daß die deutsche Regierung die Fragen Wilsons nicht kategorisch beantwortet habe und sich den Wesen der Beschlüsse des Präsidenten nicht so anschließen, wie sie allein als Friedensgrundlage angenommen werden könnten, da es sich vornehme, die Art und Weise ihrer politischen Anwendung einer Erklärung zu unterziehen. Es handle sich also um eine Annahme der legitimen praktischen Bedingungen Washingtons lediglich mit dem Munde, um das Trugbild einer Annahme, ein Verfahren Deutschlands, das ebenso wenig Sicherheiten bot, wie die Parodie einer Parlamentarisierung. Eine Zustimmung Deutschlands unter Vorbehalt hat also keinen anderen Zweck, als eine Einstellung der militärischen Unternehmungen herbeizuführen, die unter dem Druck der Armeen Hochs für Deutschland verhängnisvoll geworden seien. Deutschland fühle auf sich

die Drohung einer Invasion

lasten und will um jeden Preis einer Bückigung entgegen, deren Schärfe es im Hinblick auf die während seines Rückzuges erneut begangenen Verbrechen fürchte. Aus diesem Grunde gehe es scheinbar auf die Auffassungen Wilsons ein. Der Gedanke der Bildung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Räumung der besetzten Gebiete zielt ebenfalls darauf ab, den Kampfeifer der Truppen einzuschärfen und die militärischen Anstrengungen zu verlangsamen und würde tatsächlich einer Einstellung der Feindseligkeiten gleichkommen, Deutschland könnte durch Ber-

Der neue Angriff in Flandern — Rose-laere in Feindehand — Kampf um den Dusebergang östlich von St. Quentin — Amerikanerangriffe zwischen Aire und Maas — Räumung von Durazzo.

Berlin, 15. Oktober 1918, abends. Amtlich.

An der Kampffront in Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Er konnte einige Geländevorteile in beschränktem Umfang erringen.

Westlich der Maas entschieden sich Teilkämpfe zu unseren Gunsten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 15. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Obergruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Ypern und der Yse wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemar — östlich von Rose-laere, das nach hartem Kampf in Feindes Hand fiel, südwestlich von Jzegem und nordöstlich von Renen zum Stehen. Renen und Wervil wurden gegen harte Angriffe behauptet, Uebergangversuche des Feindes über die Yse bei Renen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Handzame und Kortemar verloren, harte mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Wits scheiterten. Zwischen Jzegem und Renen konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Bille und am Haute Deule-Ranal.

Am Selle-Abschnitt nördlich von Haussy und bei St. Souplet scheiterten Teilkämpfe des Gegners.

Obergruppe Deutscher Kronprinz.

In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise vor und setzte vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny Fuß. Umfassend angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Lagny, westlich der Aisne und im Aisne-Bogen südwestlich von Grandpré.

Obergruppe Gallwitz.

Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpenry auf Vantheville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Risq fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. Oktober. Amtlich wird verkündet:

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gesehtstätigkeit war auch gestern ziemlich reg.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Das von uns geräumte Durazzo ist von den Italienern besetzt worden.

Die Bewegungen in Albanien und Serbien gehen ohne neuwertige Gesehtsberührung mit dem Gegner vor sich.

Der Chef des Generalstabes.

Schleppung der Verhandlungen seine Kameen aus dem Zusammenbruch retten und sich wohl weigern, die Gebiete zurückzugeben, wie in die Unabhängigkeit der unterdrückten Nationen zu willigen. Da es dann sehr schwierig wäre, die Waffen wieder zu ergreifen, so würde dies Mäander Deutschland gestatten, den Verlust des Spiels zu vermeiden. Aber keine Regierung der Entente werde sich dazu hergeben, ebensowenig wie Wilson, der seine Auffassung über diese Punkte ausgesprochen habe wie folgt: Es ist kein Friede mit Deutschland möglich, solange seine Armeen nicht geschlagen sind und die Bestimmungen seiner Regierung sich nicht geändert haben. Man muß also so nach den neuen Proben der Weigertät und Anpassungsfähigkeit der Weiler Deutschlands sich wegen der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnung skeptisch zeigen, solange Ludendorff, der jetzt nur noch hinter den Kulissen tätig ist, wieder im Vordergrund der politischen Bühne erscheinen könnte. Vergeblich versucht Deutschland durch die im Laufe des letzten Rückzuges begangenen Grausamkeiten einen Frieden durch Entmutigung der Bevölkerung zu erzwingen und die Friedensstunde zu verzögern, denn Frankreich ist einmütig in dem Willen, mit einem solchen Feinde nur zu verhandeln, nachdem es ihn vollständig außerhand gesetzt hat, zu schaden.

Die französische Arbeiterschaft zum deutschen Friedensangebot.

Paris, 14. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vortwärts“.) Die von dem Vereinigten parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftskongresses und dem Nationalausch der Arbeiterpartei angenommene Resolution hebt hervor, daß das Friedensangebot von der die Regierung vertretenden Reichstagsmehrheit herrührt und daher erster Erwägung bedarf. Die Resolution fordert von den alliierten Regierungen eine gemeinsame Verkündung der Prinzipien Wilsons. Der Frieden dürfe nicht, wie auf dem Wiener Kongreß, Diplomaten-lasse sein. Die Resolution wiederholt die Forderung des Kongresses der alliierten Sozialisten nach direkter Vertretung der Arbeiter auf der Friedenskonferenz und nach einem gleichzeitigen, auf vier Delegierte jeder Nation beschränkten internationalen Arbeiterkongreß. Die Resolution erklärt, daß dies keine Alternative darstelle, da die Anwesenheit der Arbeitervertreter auf dem offiziellen Friedenskongreß ohne Beschlüsse über den internationalen Arbeiterschut wenig wertvoll sei.

Die Stimmung in England.

Für verschärfte Bedingungen.

Rotterdam, 14. Oktober. Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt der Parlamentarier des „Daily News“, er erfahre von maßgebender Seite, daß die alliierten Regierungen sich bei der Beantwortung der beiden Fragen, ob es möglich sei, den von Deutschland verlangten Waffenstillstand zu gewähren,

und unter welchen Bedingungen er gewährt werden würde, sich an den

Rat der militärischen Befehlshaber

im Felde halten würden. Was die Bedingungen betreffe, unter denen ein Waffenstillstand zugestanden werden könne, so sei man der Ansicht, daß sie zunächst die Sicherheit der alliierten Armeen und ihrer zukünftigen Erfolge für den Fall der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten betreffen müßten. Die Bedingungen müßten so sein, daß die alliierten Truppen nicht in Gefahr geraten würden.

Die Frage, ob die deutschen Truppen auch Eisen-Lohrungen räumen müßten, werde, wie man in ministeriellen Kreisen annehme, bei der Waffenstillstandsfrage ebenfalls vorgebracht und nach diesen Gesichtspunkten entschieden werden. Die englische Regierung betrachte den deutschen Vorschlag zur Errichtung einer gemischten Kommission für unerwünscht und unausführbar. Inzwischen hätten die Alliierten weder die deutsche Antwort an Wilson, noch die ursprüngliche deutsche Note an Wilson in Erwägung gezogen.

Nach den Informationen des Parlamentarierkorrespondenten ist die Lage folgende: Die Fragen, die mit dem Waffenstillstand zusammenhängen, und diejenigen, die mit der Friedenskonferenz zusammenhängen, sind voneinander getrennt, und die Vermutungen, die über die Forderungen der Alliierten auf der Friedenskonferenz geäußert werden, müssen mit Vorsicht behandelt werden. Soweit man sehen kann, haben die alliierten Regierungen in Europa dadurch, daß sie sich dem Präsidenten Wilson nicht mit einer formellen Erklärung über die Kriegsziele angeschlossen, den Lauf der Ereignisse abzuwarten wollen, da sie ihre Erklärung zu einer Zeit abzugeben wünschten, wo

die Kriegsausfälle günstig

wären. Die englische Regierung und das Britische Reich werden nicht zögern, die Zukunft der deutschen Kolonien zum Gegenstand der Beratungen der Friedenskonferenz zu machen. Bezüglich des Grundgesetzes der Selbstbestimmung und der freien Wahl der Völker halten sie unerschütterlich an ihren Auffassungen fest. Dasselbe gilt für die Wiederherstellung und die Vergütung für die Wiederherstellung und die Vergütung für die Verluste der Handelsflotte durch den unbegrenzten U-Boot-Krieg sowie für die Schadenergütung für die im Gebiete der Alliierten angerichteten Verwüstungen.

Der liberale „Manchester Guardian“ schreibt: Deutschland hat sich ergeben, das ist die unüberwindliche Bedeutung der deutschen Antwort. Der Friede mag vielleicht noch nicht unmittelbar bevorstehen, aber die allgemeine Grundlage dafür ist abgesteckt und angenommen. — Für einen Waffenstillstand würden die Alliierten, weil sie dem Feinde damit gestatten würden, sich aus einer gefährlichen Lage in Sicherheit zu bringen, eine Vergütung haben müssen. Die beste Garantie wäre eine zeitweilige Besetzung von Ost- und die Räumung Eisen-Lohrungen, das dann vielleicht vorkäuflich von einem neutralen Lande besetzt werden könnte. Außerdem müßten die Transportschiffe und andere Schiffe vor Angriffen geschützt werden. Der U-Boot-Krieg müßte für immer aufhören. Die Auslieferung der deutschen U-Boot-Flotte würde eine unmittelbare Garantie dafür sein. Das Blatt ist der Ansicht, daß in der Periode der Verhandlungen ein System zur Versorgung des Feindes über die neutralen Länder eingerichtet werden müßte, um dem deutsche Schiffe mitwirken müßten.

Schwedischer Glückwunsch an die deutsche Sozialdemokratie.

Deutschlands weltgeschichtliche Umwälzung.

Dem Parteivorstand ist folgende Glückwunschdepesche der schwedischen Sozialdemokratie zugegangen:

Der gesicherte Sieg der demokratischen Kraft Deutschlands wurde schon vor dem Kriege von den Vorkämpfern der Internationalen als unumgängliche Bedingung eines dauernden Weltfriedens betrachtet, und in dieser Richtung wirkte auch Jahrzehnte lang die alte einige deutsche Sozialdemokratie, leider ohne durchschlagenden Erfolg.

Die Entwicklung der Ereignisse hat jetzt den Teil der Partei, der es als möglich und als seine Pflicht erachtet hat, mit den Regierungen, die den Krieg geführt haben, zusammenzuwirken, als vorwärtsstrebende Kraft der jetzt endlich unumgänglichen Demokratisierung, die in der neuen Regierungsabteilung zum Ausdruck kommt, vorgeführt.

Im Ersuchen an den Präsidenten Wilson wie in der eben gegebenen weiter herliegenden Antwort sieht der schwedische Parteivorstand ein neues Zeugnis des unerschütterlichen Willens der ganzen deutschen Arbeiterklasse, jetzt möglichst schnell jedes Hindernis eines gerechten Friedens zu brechen und eine wirkliche tiefgehende Demokratisierung zu sichern.

Wir senden unsere Glückwünsche zu den

gewaltigen Verschiebungen der realen Macht,

die die Ereignisse der letzten Wochen zu bezeugen schreien und geben unserer Hoffnung Ausdruck, es möchten ohne Vorbehalt und ohne Hintergedanken alle demokratischen Kräfte in der Art zusammenwirken, daß die deutsche Arbeiterklasse jense weltgeschichtliche Umwälzung weiter verfolgt und unwiderräglich nach vorne komme.

Für den sozialdemokratischen Parteivorstand Schwedens:

Eranting Vorstehender. Möller, Parteisekretär.

Das Glückwunschtelegramm der schwedischen Genossen wird uns doppelt wertvoll durch den Umstand, daß ihre Haltung uns gegenüber während des Krieges befanntlich nicht die freundlichste gewesen ist. Das Telegramm ist uns ein Zeichen dafür, daß die schwedischen Genossen keine Feinde des deutschen Volkes sind. Ihre Abneigung gegen das früher herrschende System in Deutschland verstehen wir — daß sie uns jetzt zu den Erfolgen unserer Politik beglückwünschen, kann uns eine kleine Genugung sein.

Das Friedensgesuch der Türkei.

Die neue Regierung.

Das Friedensgesuch der Türkei ist nunmehr durch Vermittlung Spaniens in Washington überreicht worden.

Konstantinopel, 14. Oktober. Das Ministerium Talat ist zurückgetreten. Das neue Ministerium hat die Geschäfte übernommen. Großwesir und gleichzeitig Kriegsminister ist Yassat Pascha, Minister des Innern Ferid Bey, früher türkischer Gesandter in Sofia, Marineminister ist Neouf Bey, Führer des türkischen Kriegsschiffes Hamidie während des Balkankrieges, Finanzminister Djabid Bey. Der Minister des Aeuheren ist noch nicht ernannt. Die Geschäfte des Ministeriums des Aeuheren werden einstweilen von Nabi Bey, ihrem türkischen Votschafter in Rom, geführt.

Das Wahlergebnis in Berlin I.

Stichwahlentscheidung durch die Unabhängigen.

Das Ergebnis der Wahl in Berlin I ist ein neuer Beweis dafür, daß die soziale Schichtung der Wähler auf den Wahlausfall einen viel stärkeren Einfluß übt als die politischen Ereignisse, seien sie auch noch so großer Bedeutung. Nach den ungeheuren Erschütterungen des Weltkrieges kehrt in Berlin I bei verminderter Wahlbeteiligung ungefähr dasselbe Bild wieder, das wir von früheren Wahlen in diesem Kreise gewohnt sind. Fortschritt und Sozialdemokratie kämpfen in hartem Ringen um den Sieg, wobei dem Fortschritt ein geringfügiger Vorsprung verbleibt. Rechnet man die Stimmen beider sozialdemokratischer Fraktionen zusammen, so ergeben sich 2288 sozialistische Stimmen gegen 2294 fortschrittliche. Bei diesem geringen Unterschied und der niedrigen Zahl der gesplitterten Stimmen wäre ein Stichwahlstieg der Sozialdemokratie in greifbare Nähe gerückt, wenn die sozialistischen Stimmen im zweiten Wahlgang geschlossen auftreten würden. Die Entscheidung liegt also trotz der geringen Stimmenzahl, die sie erreichten, bei den Unabhängigen, und es wird interessant sein, zu erfahren, ob sie den Hausbesitzerkandidaten Kempner als Reichstagsabgeordneten haben wollen oder den Sozialdemokraten Hermann. Den sie sechsmal einstimmig zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion gewählt haben.

Die Zersplitterung hat wiederum nur den Erfolg gehabt, daß sie die Sozialdemokratie in mehr als Dreiviertelmehrheit gegen die Unabhängigen zeigte, aber dabei dem gegnerischen Vertreter kapitalistischer Klasseninteressen das Spiel bedeutend erleichterte. Wird jetzt der Fehler eingesehen und verbessert, kann kann dem Reichstag immer noch Herr Kempner erspart bleiben.

Die geringe Wahlbeteiligung eröffnet beiden um den Sieg streitenden Parteien noch weite Möglichkeiten. Man wird daher einen scharfen Kampf im zweiten, entscheidenden Gange erwarten dürfen.

Bei den allgemeinen Wahlen von 1912 erhielten: Kaempfer (F. Sp.) 4857, Düwelle (Soz.) 4408, Gädde (Deut. Ver.) 1868 Stimmen. Außerdem brachten es die Wirtschaftliche Vereinigung auf 482, das Zentrum auf 180, die Polen auf 84 Stimmen. In der Stichwahl siegte Kaempfer mit 5588 gegen 5579 Stimmen. Die Wahl wurde angefochten, Kaempfer trat zurück, wurde aber dann mit vergrößerter Mehrheit wiedergewählt.

Im einzelnen gestaltete sich das Wahlergebnis folgendermaßen:

Table with 10 columns: Wahlbezirk, Eingetragte Wähler, Abgegebene Stimmen, Kaempfer, Düwelle, Gädde, Gellert, Polen, Gesplittet. Rows 1-24.

Die Gesamtziffern des gestrigen Wahlausfalls haben wir im Hauptblatt wiedergegeben.

Das Wahlrechtsabkommen.

Von Paul Dirck.

Läßt das Wahlrechtsabkommen, dessen wesentlichste Punkte durch die Presse bekanntgeworden sind, auch manche sozialdemokratische Forderung unerfüllt und zwingt es auch zu Zugeständnissen auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulpolitik, so bedeutet es doch andererseits den Sieg des uneingeschränkten Wahlrechts ohne jede Zusatzstimme. Was man noch vor wenigen Wochen für unmöglich gehalten hätte, ist nicht zuletzt unter dem außenpolitischen Druck in greifbare Nähe gerückt: eine demokratische Verfassungsreform in Preußen, die gegen die Stimmen der Rechten geschaffen wird. Wir sind die letzten, die die Mängel und Schwächen dieser Reform verkennen. Wir leugnen nicht, daß der Preis, den das Zentrum für seine Zustimmung fordert, die kulturellen Sicherungen, ein ungemein hoher ist. Trotzdem wäre es nicht zu verantworten, wenn wir daran das gleiche Wahlrecht scheitern lassen und uns damit trösten wollten, daß die Zeit für uns arbeitet. „Was du dem Augenblick anschlages, bringt keine Ewigkeit zurück.“ Der Augenblick aber erheischt es dringend, daß mit der Demokratisierung Preußens endlich ein Anfang gemacht und daß die Bahn gezeichnet wird für grundlegende freiheitliche Reformen auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung.

Käme das Reformwerk jetzt nicht zustande oder würde es gar gegen die Linke verabschiedet, so wäre das ein gefundenes Fressen für die Kriegsheber im feindlichen Ausland, die dann — ob mit Recht oder Unrecht bleibe dahingestellt — im Innern ihres Herzens über den Sieg der preussischen Junker frohlocken und in alle Welt hinausposaunen würden, daß trotz Parlamentarisierung im Reiche doch in Preußen alles beim Alten bleibt. Zu verhüten, daß solche Anschauungen bei der Entente sich Bahn brechen und daß dadurch das entsetzliche Menschenjoch nicht

weiter geht, ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Daß der Ertrag des preussischen Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Verbindung mit der Beseitigung der agrarischen Mehrheit des Herrenhauses tatsächlich den Untergang des alten Preußens bedeutet, das wittern mit dem ihnen angeborenen feinen Instinkt am besten unsere Junker, deren Wutgeheul für uns der klarste Beweis dafür ist, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

Den Einwand, man hätte den Weg der Reichsgesetzgebung beschreiten und durch Reichsgesetz für alle Bundesstaaten eine aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehende Volksvertretung schaffen sollen, können wir heute nicht mehr gelten lassen. Dieser Weg war gangbar und er hätte unbedingt beschritten werden müssen, wenn sich im preussischen Landtage keine Mehrheit für das gleiche Wahl-

Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

Gröber

recht gefunden hätte. Nachdem diese Mehrheit gesichert ist, erübrigt es sich, die gleichgebenden Körperschaften des Reiches in Bewegung zu setzen, denn niemand könnte die preussische Gesetzgeber daran hindern, auch in diesem Falle kulturelle und sonstige Sicherungen in die Verfassung hineinzubringen.

Ebenso wenig läßt sich heute noch die Forderung auf Ausführung des Abgeordnetenhausgesetzes begründen. Solange die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich nicht auf dem Boden des gleichen Wahlrechts gestellt hat, sind wir stets und ständig für die Ausschreibung von Neuwahlen eingetreten, in der Erwartung, daß dann durch ein Zusammengehen aller Anhänger des gleichen Wahlrechts, ohne Unterschied der Parteien, die wahrheitsfeindliche Mehrheit zur Minderheit werden würde. Jetzt kann, ganz abgesehen davon, daß der richtige Moment der Auflösung verpaßt ist, von einer solchen Taktik keine Rede mehr sein, denn jetzt würden sich ja etwaige Neuwahlen nicht unter der Parole „Für das gleiche Wahlrecht“, sondern unter der Parole „Gegen kulturelle Sicherungen“ vollziehen, eine Parole, die nicht nur nicht genügend zugkräftig ist, sondern durch die auch Zentrum und Konservative zusammengeschiebt würden, so daß sich an der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses so gut wie nichts änderte.

Wir sollen uns hüten, unseren Erfolg zu überschätzen, aber es liegt auch kein Grund vor, ihn zu unter schätzen. Daß das Zentrum in seiner überwiegenden Mehrheit und daß die nationalliberale Fraktion einschließlich des rechten Flügels für das gleiche Wahlrecht eintritt, das ist das Zeichen eines Stimmungsumschwungs, dessen Bedeutung nicht hoch genug eingeschlagen werden kann und dessen Rückwirkung auch auf die übrigen Bundesstaaten nicht ausbleiben wird.

Nicht das letzte, wohl aber das festeste Bollwerk der Reaktion wird mit dem Sturz des preussischen Dreiklassenwahlrechts zusammengebrochen sein. Die Bahn für demokratische Reformen wird frei, der Ueberführung Preußens aus dem halbabsolutistischen Obrigkeitsstaat in den Volksstaat steht nichts mehr im Wege, es sei denn, daß das Volk selbst erlahmt und daß es sich das Errungene wieder entreißen läßt. Aber wir zweifeln nicht, daß die Reaktionskräfte, die mit einer Wiederholung der Vorgänge von 1849 rechnen, ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Die Freiheitskämpfer vom Jahre 1848 haben sich um den Preis ihres Sieges prellen lassen, die Kämpfer vom Jahre 1918 sind politisch zu gut geschult, sie haben zuviel Lehrgeld gezahlt, als daß man je den Versuch wagen könnte, sie um den Erfolg zu betrügen.

Groß-Berlin

Die Eingemeindung von Neudölln-Bezirk.

Wie wir bereits in der gestrigen Nummer mitteilten, wird sich die Neudöllner Stadtverordnetenversammlung morgen mit der Eingemeindung von Bezirk nach Neudölln beschäftigen; auch die Brieger Gemeindevertretung wird sich zu gleicher Zeit mit derselben Frage beschäftigen. Zur Begründung der Eingemeindung führt der Neudöllner Magistrat in seiner Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung folgendes aus:

Die Entlohnung der Nachbargemeinden Neudölln und Brigg hat bereits vor längerer Zeit zur Bereinstimmung der Gas- und Elektrizitätsversorgung dadurch geführt, daß Neudölln die Versorgung des Gemeindegebietes von Berlin-Brigg mit Gas und elektrischem Strom durch langfristige Verträge übernommen hat. Diesem beschränkten Zusammenschluß beider Gemeinden auf wirtschaftlichem Gebiete soll nunmehr der auf rechtlichem Gebiete folgen. Das Gemeindegebiet ist mit seinen rund 1170 Hektar nicht groß und im allgemeinen bereits ausgebaut, so daß für die weitere Entwicklung nicht übermäßig viel mehr übrig bleibt. Das Gebiet der Gemeinde Berlin-Brigg umfaßt ca. 1833 Hektar, von denen etwa 84,04 Hektar bebaut, 1120,69 Hektar aber unbebaut sind. Dementsprechend beträgt auch die Einwohnerzahl von Berlin-Brigg zurzeit nur 14.000. Das Brieger Gemeindegebiet ist also Neuland, aus dem sich recht Ertragsreiches schaffen lassen wird. Für die industrielle Entwicklung sind in Berlin-Brigg die besten Voraussetzungen gegeben. Wasserstraßen und Eisenbahnanschlüsse sind in günstiger Weise vorhanden. Die Werte des Grund und Bodens befinden sich in einer für die Industrie noch ertragsreichen Höhe. Hieran abgesehen, stehen noch weite Flächen für die Verfestigung mit Wohnhäusern zur Verfügung, die sich bei gleichzeitiger erheblicher Leistung in ausgedehnter Weise für alle Bevölkerungskreise erkalten lassen werden. Bei den noch verhältnismäßig geringen Bodenpreisen wird sich eine geräumige, weitläufige Bebauung ermöglichen lassen. Wenn diese die Zukunft berücksichtigenden Entwicklungsmöglichkeiten die Vereinigung beider Gemeinden für Neudölln erstrebenswert erscheinen lassen, so hat das gleiche Interesse auch für Berlin-Brigg vor. Seine finanzielle Leistungsfähigkeit ist beschränkt. Sie hemmt eine rasche Entwicklung und bringt, wie das Beispiel der industriellen Werke von Berlin-Brigg gezeigt hat, bei der sich erst in späterer Zeit ergebenden Rentabilität neue große und schwere Anforderungen finanzieller Art, die die Gegenwart für die späteren Generationen kaum leisten kann. Einer im Anfangsstadium der Entwicklung zur großen Vorortsgemeinde gehörenden Gemeinde stehen auch durch Neuschaffung aller modernen Einrichtungen und Anlagen Aus-

gaben bevor, die auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt vermieden werden müssen.

Im Verlaufe der Verhandlungen über die Eingemeindung sind zwei befolgte und zwei unbefolgte Mitglieder des Brieger Gemeindevorstandes als Magistratsmitglieder und 9 Gemeindevorsteher, von jeder Abteilung drei, als Stadterordnete übernommen. Außerdem ist noch der Ausbau der höheren und der Gemeindefschulen und einzelne neue Straßenverbindungen im Brieger Gebiet geplant worden. Das Projekt des Rosenparkens soll voll zur Durchführung gelangen. Daß die Neudöllner Schnellbahnen und die Industriebahn sobald als möglich bis nach Brigg durchgeführt werden, ist ebenfalls im Verlaufe festgelegt.

Eingabe Charlottenburgs an den Wohnungskommissar.

Eine Lokalcorrespondenz schreibt: Ueber den Wohnungsverband Groß-Berlin sind irreführende Nachrichten verbreitet worden, die ein vollkommen schiefes Bild von der Sachlage geben. Wenn berichtet wird, Charlottenburg habe „unwissend“ seinen Beitritt zum Wohnungsverband erklärt, so entspricht dies nicht den Tatsachen. Die Haltung Charlottenburgs ist unverändert geblieben. Charlottenburg will dem Wohnungsverband nur unter der Bedingung beitreten, daß sämtliche Groß-Berliner Kommunalverbände, insbesondere die Nachbarstadt Spandau, ihren Beitritt beschließen. Dieser Standpunkt ist auch in der letzten Besprechung am Sonnabend von dem Vertreter Charlottenburgs klar zum Ausdruck gebracht worden. Ferner hat der Magistrat Charlottenburg eine unmittelbare Eingabe an den Staatskommissar für Wohnungswesen gerichtet, worin er erneut diesen Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertritt. Der Beitritt der Fabri- und Arbeiterstadt Spandau zum Wohnungsverband ist für Charlottenburg, wie uns von zuständiger Seite versichert wird, eine unerlässliche Vorbedingung. Charlottenburg hatte gegen den am Sonnabend vorläufig angenommenen Satzungsentwurf noch andere Bedenken, diese aber bis auf die wegen Spandaus Beitritt gemachte Bedingung zurückgestellt. Spandau hat aber durch einstimmigen Magistratsbeschluss abgelehnt, sobald dadurch der vorbehaltlich erklärte Beitritt Charlottenburgs hinfällig geworden ist.

Zu dem Satzungsentwurf über den Wohnungsverband erfahren wir noch, daß zur Erleichterung der laufenden Geschäfte ein neuerlicher Geschäftsführer bestellt werden soll. Hiermit hat sich auch Berlin, das anfangs sowohl den Vorsitz wie die Geschäftsführung des Wohnungsverbandes verlangte, einverstanden erklärt, nachdem von den Vertretern der Vororte erklärt worden war, daß sie dieser Forderung unter keinen Umständen zustimmen könnten, weil das Schicksal des Wohnungsverbandes in den Außenbezirken liegt. Als „neutraler“ Geschäftsführer soll der Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin tätig sein. Der Vorschlag, den Verband Groß-Berlin unmittelbar mit der Durchführung der Wohnungsfürsorge in Groß-Berlin zu betrauen, ist an dem entschiedenen Widerstand Berlins gescheitert.

Ein Mysterium.

In einem der bei gewissen Zeitungen so beliebten Stimmungsberichte über den äußeren Gang der gestrigen Wahlhandlung teilt das „Berl. Tagebl.“ seinem aufstrebenden Leserkreis unter anderem mit, daß im „Reifenpfeifen“ in der Jägerstraße die Staatssekretäre Müllin und v. Arnim, sowie der beiden verbliebenen Chef des Zivilkabinetts v. Berg ihre Stimmen abgegeben hätten, während dagegen der preussische Minister Drans in „Dierhaus Sieden“ und zwar bereits um 11 Uhr, zur Urne geschritten sei. Diese Mitteilungen sind zweifellos geeignet, das Interesse der „Tageblatt“-Leser zu fesseln und ihre Phantasie zu beschäftigen, aber sie halten sich, wie jeder zugeben wird, innerhalb der Grenzen des Möglichen. Weit über diese Grenzen hinaus in jenes Reich, wo übernatürliche Kräfte walten, ragt jedoch folgende Stelle desselben Artikels:

Als Mittag wurden zum Teil die Stimmen für Kempner abgegeben, doch änderte sich das Bild, als die Mittagspausen in den Fabriken und großen Geschäften eintraten und die Arbeiter an die Wahlurne traten. Bemerkenswert ist, daß die Wähler des sogenannten Schloßviertels, die Beamten des kaiserlichen Schlosses und viele Polizeibeamte ihre Stimme für Geh. Justizrat Kempner abgaben.

Wie in aller Welt, fragen wir, ist es dem „Berl. Tagebl.“ möglich gewesen, diese Feststellungen zu machen? Die Wahl ist geheim, Klopfer und Urne sind verschlossen. Wir haben zwar neulich in einer unserer Wahlkolumnen auf die charakteristischen körperlichen Unterschiede zwischen den Heiman- und den Kempner-Wählern hingewiesen, aber trotzdem müßten selbst wir es nicht wagen, etwa diese äußeren Kennzeichen zur Grundlage maßstabischer Feststellungen zu machen. Dem „Tageblatt“ müssen unheimlich mystische Quellen der Erkenntnis zu Schote stehen, die uns einfachen Sterblichen verschlossen sind. Versigt man in Noskes Herrscherbezirk neuerdings über „Urnen-Medien“ und „Rio-immer der alte ehrlische Schmod“?

Die Grippe.

Die Anzahl der Erkrankungen ist auch gestern wieder gestiegen. Nach den Berichten der Allgemeinen Berliner Ortskrankenkasse waren von 1778 Krankmeldungen 1722 Erkrankungen an Grippe, worunter sich 24 Fälle von Lungenentzündung befanden. Wegen den vorhergehenden Tag ist die Zahl der Erkrankungen um 200 gestiegen. In Potsdam ist die Grippe so stark ausgebreitet, daß das Gaswerk seinen Betrieb einstellen muß. In Würzburg sind bereits sämtliche Volksschulen geschlossen, da in einzelnen Schulen 80 Proz. der Schüler erkrankt sind.

Anmeldung für Kaffee-Ersatz in Berlin.

Die Anmeldefrist für die Abgabe des Bestellantrages 15 der Kaffee-Ersatzkarte beginnt für Groß-Berlin Mittwoch, den 16. Oktober, und läuft am Sonnabend, den 19. Oktober, ab.

Kaffeeverteilung. Bis Sonnabend, den 19. Oktober, wird an diejenigen Kunden, die in den Sperrstellenlisten der in den Bezirken der 66., 68., 70., 71., 80., 81., 233. und 240. Bezirksteile gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Kaffee verteilt.

Der wahre Jakob ist erschienen und gelangt heute zur Verteilung.

Der Gemüßbau auf den Gärten der Stadt Berlin soll erweitert werden. Die Erträge sind in diesem Jahre groß und sollen jetzt für die Gemeindeverwaltung Berlins ins Gewicht. Nach den bisherigen Anbauversuchen ist die Verwaltung der Ansicht, daß Gemüße sich für Ackerfelder sehr gut eignen. Sie glaubt, daß auf ihnen bei hinreichend vorsichtiger Bewässerung auch ein durch Gänge unüberrücktes Gemüße erzeugt werden kann. Zur Veranschaulichung der Erweiterung des Gemüßbaus erfordert, ist auch Gemüßsamenbau geplant.

Seine aufgeschobene Verfassungssaktion. Der Bürgerausschuß Groß-Berlin schreibt uns: Ihre Veröffentlichung in Nr. 253 des „Vorwärts“ ermöglicht die mißverständliche Auffassung, als ob die gesamte Tätigkeit des Bürgerausschusses Groß-Berlin zurzeit eingestellt worden sei. Das ist aber durchaus nicht der Fall; vielmehr wird von den Ausschüssen des Bürgerausschusses nach wie vor an der Fertigstellung eines positiven Vorschlags für die Änderung der Verfassung Groß-Berlins aus eifrigster Arbeit. Bedingt die Frage, ob es jetzt Zeit wäre, an die Veröffentlichung dieses Vorschlages zu gehen, ist in der betreffenden Sitzung unseres Städtebauausschusses verneint worden.

Die ungewohnte Gruft. Folgender Bericht, der sich am Sonntag auf dem Bartholomäus-Kirchhof zugetragen hat, wird uns berichtet. Eine Beerdigung war für den Nachmittag festgesetzt und die Leidtragenden waren von nah und fern herbeigeeilt — da, im letzten Augenblick, wird den Hinterbliebenen mitgeteilt, die Beerdigung könne nicht stattfinden, weil die Gruft noch nicht ausgehoben sei. Um die Beerdigung wenigstens am folgenden Tage zu ermöglichen, mühten die Söhne des Verstorbenen schließlich selber die Gruft ausheben und sie nach der Feier zuzubringen.

Es drängt sich die Frage auf: Fehlt es wirklich so sehr an Arbeitskräften, daß sich Derartige nicht vermeiden läßt? Oder trägt lediglich die Sammeligkeit der Kirchhofverwaltung die Schuld an dem peinlichen Vorkommis? In jedem Falle wäre es zum mindesten Pflicht der Verwaltung gewesen, die Leidtragenden rechtzeitig zu benachrichtigen.

Zum Schutz der Länderei. Der Regierungspräsident hat als II. Nachtrag zur Polizeiverordnung für die Provinz von Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, wonach im Gebiet der idyllischen Länderei die Anlage störender Betriebe verboten ist.

Die Wertpapierperre verlängert. Die dreitägige Sperre für die Sendung von Wertpapieren nach Berlin und Charlottenburg hat noch um weitere drei Tage verlängert werden müssen. Die Sperre dauert bis zum 18. Oktober einschließlich. In Frage kommen nur Wertpapierlieferungen aus der Provinz nach Berlin. In Berlin selbst können Wertpapiere ausgegeben werden.

Größter Brand in der Stadt. Am Dienstag gegen 8 Uhr auf dem Dolgplatz Eduard Eichardt, Oberberger Str. 20, aus noch unbekannter Ursache zum Ausbruch. Als die Wehr an der Brandstelle anlang, fanden dort Schuppen mit Pflöcken, Stapel von lieferndem Brennholz schon in Flammen. Gewaltig war die Hitze, handhoch schlugen die Flammen, die reiche Nahrung gefunden hatten und den Pferdebestand sowie die angrenzenden Gebäude gefährdeten. Es gelang der Feuerwehr fünf Pferde aus den Stallungen in Sicherheit zu bringen. Die Schuppen sind ausgebrannt.

Bergweissungstakt einer Mutter. Gestern morgen wurden in der Nähe der Parkbrücke in Sichterfelde im Teltowkanal die mit Draht und Seilen zusammengebundenen Leichen einer Frau und zweier Kinder angeschwemmt. Die Toten wurden ermittelt als die 36jährige Beamtenwitwe Alma Augustin aus Jeshendorf und deren acht- und sechsjährige Kinder Frieda und Hanne. Die Frau, die in geordneten Verhältnissen lebte, scheint unter der Einwirkung eines schweren Herbenleidens den verzweifeltsten Schritt getan zu haben.

Geschäftliche Notizen. Die Vacuum-Walzer-Ges. geht im Inzeratenteil der heutigen Nummer die Veräußerung ihres Maschinenapparates an Mittwoch, Donnerstag und Freitag den Handstrassen an.

Charlottenburg. Kartoffelabnahme. In dieser Woche sind neben den 7 Pfund Kartoffeln, die auf die Kartoffelkarte verabfolgt werden, auf die 14 Abschnitte 8a—8g der grünen Charlottenburger Sonderkartoffelkarte 8 Pfund Kartoffeln zu entnehmen. Die Kartoffeln sind nicht für den laufenden Bedarf bestimmt, sondern dienen zur Schaffung eines Bestandes, der in der Woche in Anspruch zu nehmen sein wird, die der Magistrat bestimmen wird. In jener Woche werden keine Kartoffeln ausgegeben werden.

Neuheiten. Freiländiger Verkauf von Frühweißkohlstrauß. Die uns mitgeteilt wird, erfolgt der Verkauf von Sauertraut seit Montag, den 14. d. Mts., freiländlich und nicht wie bisher auf Abschnitt 135 der Warenbezugskarte.

Arztliche Hilfe. Sofortige erste ärztliche Hilfe in dringenden Fällen ist zu jeder Tages- und Nachtzeit in Neuland bei der Rettungswache, Kirchhoffstr. 20—22, zu erhalten.

Schnelberg. Röhrenverteilung. In den Bezirken der Provinzialkommissionen Nr. 4, 5, 6 und 13 findet von Mittwoch, den 16. bis Sonnabend, den 19. Oktober, eine Verteilung von 125 Gr.

per Kopf Handkäse mit in den Bezirken 8 und 19 125 Gramm Sommerlicher Weichkäse auf Grund der Speisefettmengenliste statt.

Steglich. Der Kampf um die Feuerungszulagen. Der an dieser Stelle schon mitgeteilte Antrag des Gemeindevorstandes auf Bewährung einer einmaligen Feuerungszulage an die Kriegshilfskräfte und Arbeiter der Gemeinde wurde überraschenderweise von der Hausbesitzerfraktion mit einem Verlagsantrag bekämpft. Ihr Redner, Justizrat Dreher, meinte, man dürfe angesichts der schlechten Finanzlage der Gemeinde nicht unumtätige Ausgaben machen, sondern müsse erst einmal prüfen, ob überhaupt eine so große Anzahl von Hilfskräften gebraucht würde. Deshalb beantragte er, zunächst einen Ausschuss zur Prüfung dieser Frage einzusetzen. Genosse Ahmann be-

Feldpost-Abonnenten

Wer das Abonnement auf den „Vorwärts“ noch nicht erneuert hat, muß sofort 2,— M. an den Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, Lindenstr. 3, oder an die bekannten Ausgabestellen einsenden, um sich die pünktliche Weiterlieferung für Monat November zu sichern.

Kämpfe diesen Antrag energisch. Es sei sehr bezeichnend, daß man in der vorigen Sitzung die Zulage an die Beamten und Angestellten glatt bewilligt habe, aber jetzt, wo es sich um Hilfskräfte und Arbeiter handle, sparen wolle. Obwohl er den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses völlig billige, dürfe man doch die Hilfskräfte und Arbeiter nicht für die Fehler der Verwaltung büßen lassen. Wichtig sei es gewesen, gleich alle bei der Gemeinde Beschäftigten zu bedenken und nicht erst zu warten, bis die Sozialdemokraten beantragen müßten, auch die Schlichterstellen zu berücksichtigen. Er beantragte, die Höchstgrenze bei den Arbeitern von 300 auf 400 M. zu erhöhen und ferner den Angehörigen der im Felde stehenden Arbeiter die Hälfte der in der Vorlage vorgeschlagenen Sätze zu bewilligen. Nach langer Debatte wurde der Verlagsantrag zurückgezogen und die Vorlage unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages angenommen. Bezüglich den Angehörigen der im Felde stehenden Arbeiter versprach der Gemeindevorstand eine besondere Vorlage zu machen. In den obengenannten Ausschuss wurde auch Genosse Ahmann gewählt. Der weitere Antrag des Gemeindevorstandes auf Umwandlung der bestehenden fünf Kriegshilfskräfte in eine Zentralstelle, wurde zur erneuten Beratung in den zuständigen Ausschüssen zurückgezogen.

Kornverkauf. Verkauf von Zwiebeln. Auf Kartenabschnitt 16 der Lebensmittelkarte findet bei den Kleinhändlern der Verkauf von Zwiebeln statt. Auf jeden Kartenabschnitt entfallen 2 Pfd. Zwiebeln zum Preise von 64 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Groß-Berlin.

Frauenversammlung. Freitag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Oberlands Festsaal, Rente-Friedrichstr. 25, eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Frauen statt.

Tages-Ordnung: Weisungsfrage, Reichstag und Frauen. Referentin: Frau Marie Juchacz. Die Genossinnen werden gebeten, für regen Besuch Sorge zu tragen.

Niederhöfenhausen. Heute abend 8 Uhr im Restaurant Pettig, Blauenburger Str. 4, Mitgliederversammlung.

Aus aller Welt.

Arzneimittelschmuggel nach der Schweiz. Konstanz, 14. Oktober. Den Grenzbehörden gelang es, einem umfangreichen Schmuggelgeschäft nach wertvollen Arzneimitteln auf die Spur zu kommen. Vier Personen wurden verhaftet in dem Augenblick, als sie größere Mengen einem schweizerischen Käufer übergeben wollten. Waren im Werte von 90 000 Fr. wurden beschlagnahmt. Die bisherigen Feststellungen lassen den Schluß zu, daß in der Schweiz eine Organisation besteht, die sich mit Schmuggel von Arzneimitteln aus Deutschland befaßt, um diese gegen hohen Gewinn an die Entente zu verkaufen.

Die Grippe in Italien. Aus Lugano wird gemeldet: Ende voriger Woche waren in Mailand etwa 80 000 Personen an Grippe erkrankt; Einzelheiten und Zahl der Toten zu veröffentlichen, war den Zeitungen verboten. Die Epidemie herrscht gleich stark in Rom und Genua, auch dort ist es verboten, die sanitären Verhältnisse zu erörtern.

Briefkasten der Redaktion.

E. R. Brief erhalten! Besten Dank! — **R. K.** Vereingte technische Lehranstalten Friedrich Hoppe, Berlin S, Rathenaustr. 15. — **G. 82.** Wenden Sie sich an den Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Oel- und Fett, Unterabteilung, Berlin, Neuenstr. 53. — **R. 2. 20.** Ob für Luftentwässerung eine solche Unterabteilung eingerichtet besteht, wissen wir nicht. Wir raten Ihnen, die Angelegenheit dem Arbeitsekretariat Luftentwässerung, Rantzstr. 55, zu unterbreiten. — **P. P.** und **G. 1918.** Wenden Sie sich an die Zentrale für private Fürsorge, Berlin W 35, Postfachstr. 4. — **H. G. 2.** Richten Sie den Antrag an den Magistrat, Deposition für Besch. und Fortbildungsschulen, Berlin, Rathaus. Den Erfolg Ihres Antrages können wir nicht voraussagen. — **Landwirtschaft.** Der Arbeitsnachweis befindet sich Berlin O, Rappenstr. 94. — **Otto St. 100.** Der „Vorwärts“ wird nach 1/2 Uhr zur Post gegeben. — **W. W.** Die Hauptadresse lautet: Berlin W 15, Kurfürstendamm 198. Die verschiedenen Abteilungsadressen finden Sie im Telefonbuch, S. 626. — **H. W. 100.** Oststr. 96 und G. 6. 92. Darüber erlauben Sie Rühres dem Ausstufungsbureau des Roten Kreuzes, Berlin W 66, Leipziger Str. 3 (Telephon Zentrum 2061).

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am	13.		14.	
	am	cm	am	cm
Memel	148	—	Zaale	72
Pregel	148	—	Gabel	72
Weichsel	118	—	Spree	80
Oder	152	179	Elbe	200
„	71	—	„	162
„	73	—	„	165
„	—6	—	„	221
„	—28	—23	„	266
„	—30	—30	„	165
„	—19	—	„	163
„	—146	—147	„	34
„	61	59	„	118
„	54	52	„	50

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Bismlich 100, zunächst vorwiegend kühe, neblig, östlich der Oder meist geringe, im Westen härtere Regenfälle, später teilweise aufklaren.

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Clavigo.
Kammerspiele
8 Uhr: Eine glückliche Ehe.
Kleines Schauspielhaus
Fasanenstraße 1, Portal 5.
7 1/2 Uhr: Frühlingserwachen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayll.
7 1/2 Uhr: Maß für Maß.
Dir. C. Reinhardt — R. Bernauer.
Theater in Königsgrätzer Str.
8 Uhr: Erdgeist.

Komödienhaus
7 1/2 Uhr: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Blaublaues Blut.

Casino-Theater.
Lützowstr. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr.
Ein großer Theatererfolg
der Berliner Volkes-Spieler
Man laßt mal wieder!
Recher des neue Oktober-Programms.
Gesang, Akrobatik, Humor!
Sonnt. 3 1/2: Ein ideales Haus.

Theater für Mittwoch, 16. Oktober.

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der eiserne Heiland.

Friedrich-Wilhelmstheater
7 1/2 Uhr: Hannerl.

Kleines Theater
8 Uhr: Alt-Nürnberg.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Philotas. Der zerbrochene Krug.

Der Stralener Fischzug.

Residens-Theater
7 1/2 Uhr: Hotel Stadt Lemberg.

Schiller-Th. Charl.
8 Uhr: Mäna von Sarahelm.

7 1/2 Uhr: Der siebente Tag.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Unter d. blühend. Linde.

Theater am Nollendorfpiaz
7 1/2 Uhr: Fidele.

7 Uhr: Zwei alte Dschakeln.

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe mit Guido Thielscher.

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Graf Habenichts.

Circus Busch
Mittwoch, den 16. Okt.:
Wiederauftreten des beliebten Direktoren-Curly-Althoff
paares
mit neuen Dressuren,
u. s. Pausch, das einzig existierende Akrobatensperd.
Sowie Karne, das Autowunder, 2 Carrés, Nymphenspiele u. Pferde, u. das übrige Programm.
Zum Schluß:
Oberon
Phant. Wasser-Phantomim.

WINTERGARTEN
Trade Hosterberg
Inge Laury
Tegernseer Bauerntheater
Die Hosenknöpf
sowie der neue Oktober-Spielplan!

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Donauliebschen.
Trianon-Theater
Stf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2901
Nachm. 7/4 Uhr, kl. Preise:
Hänsel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Ida West, Bruno Kastner, Dehner, Flink, Schönefeld, Klein.
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:
Der gute Ruf.
Donnerstag 7/4: Rolkippchen.
Freitag 7/4: Schenkwittchen.
Sonntag 7/4: Hänsel u. Gretel.
Sonntag 7/4: Johannisfeuer.

Konzertdir. Robert Sachs, W 50.
Philharmonie, Sonnabend, 19. Okt., 7 1/2 Uhr
MAXIMILIAN HARDEN. 126/20
Karten: Mk. 1.50 bis 10.— Bote & Bock und Wertheim.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Gastsp. d. Friedrich-Wilhelmstäd. Theaters:
Das Dreimäderlhaus.
Fette Mastenten, fette Brat- u. Suppenhühner, fette Kaninchen
empfehlen in großer Auswahl Schmidt verm. Tasche, Planufer 21, am Hallesches Tor.
Filiale:
Rosenthaler Str. 55.
Damenbart
Lästige Haare u. unliebsamen Stellen beseitigt radikal bis auf d. Wurzel für immer nur mein „Depilator“ Unschädlich, gefahrlos, absolut sich. Pr. M. A. Drogonhaus H. Boettius, Berlin N, Schönhauser Allee 132.

Desimalwagen, Tafelwagen, Gewichte
Liefer! (loot ab Lager 1210*
Wagner, Köpenicker Str. 71.
Möbel-Kredit
Kompl. Einrichtungen
einer einzelnen Zimmern
in toller Ausführung.
— Billigste Preise. —
Sorgsamste Ausführung.
Antel, Bräunerstraße 2.
Herrl. Prof. H. Die fernste
Frage. Verkaufsausgabe 5,00 M.
Buchhandlung Sormärts, Ein-
benstraße 3, Laden.

National-Theater.
1/2 Obenicker Str. 68. 1/2
Operettenerfolg!
Prinzenliebe.
Sonnt. 3 1/2: Studentenliebechen.
Vorverk. 10—2 u. ab 6 Uhr.

Taentzien-Palast.
Täglich
Doppelkonzert
dar. Ers. Kapelle des 2. Garde-Reg. z. F.,
unter persönlicher Leitung d. Obermusikmeisters
Max Graf
sowie der Kapelle
Arnold Fischberg
Beginn 3 1/2 Uhr.

Apollo
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.
Die Welt geht unter!
Große Varieté-Ausstattungschaus in vielen Bildern mit
Senta Söneland
Ernst Labitsch
usw.
Sonnt. 3 1/2 Uhr jeder
Erwachs. 1 Kind frei!

Kaffee Zielka
Kanzel-Kabarett
Anfang 7
Otto Reutter
Mia Werber
Robert Steidl
Rechell
Bella Franké
Emanuel Steiner
Täglich von 4 Uhr ab:
Gr. Nachmittagskonzert
Dirigiert Paul Kurz
aus Wien.
Rosendiale — 50 Billaards

Besonderes Angebot in
Möbel! Schlafzimmern
siehe!
1 Söhrant, Stellig, Ansticht mit Kristallglas, Gutboden, Stange, gechliffene Verglasung.
1 Waschtölette mit Kristallspiegel und Marmor.
2 Nachtschränke mit Marmor.
2 Bettstellen.
2 Patentböden.
2 Steil. Auflege-Matrasen m. Keilstij.
2 Stühle.
1 Handtuchhänder.
Beste Verarbeitung x trockenem Material
Großes Lager in allen Sorten Schlafzimmern
Dazenzimmern — Speisenzimmern — Wohnsalons
zu sehr billigen Preisen — Versand auch nach auswärtig
Lombard- und Möbelhaus „Bahnhofstraße“ G. m. b. H.
Dirksenstraße 43—44.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
7 1/2 Uhr.

Oranien-Palast
Oranienstr. 40—41 (Oranienbrücke)
Konzert-Kaffee-Kabarett.
Frank-Bergmann — 2 Roberts — Neger Tanz-Quett
Karl Groth — Dr. Hubertus u. Ollaw — Wendelin Kops.
Gr. Kapelle Dirk van Erp.
1. Stock Die neue Waldinle u. Barbottel. 1. Stock

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäß. Preise!

Schraubendreherinnen
geübte, an Handschraub-
bänke, sucht
Frankonia, Schraubfabr.
Neukölln,
Köllnische Allee 178.

Das Ufaer Programm der Gegenrevolution.

Moskau, 10. Oktober. (Kosla.) Die Einigungs-Kommission der Konferenz in Ufa der weißgardistischen Regierung und Komitès hat ein von dem Rechtssozialrevolutionär Gendelmann vorgelegenes Projekt angenommen. In Fragen der Außenpolitik führt das Projekt folgende Punkte an:

1. Befreiung Rußlands von dem Joch der Bolschewiki. 2. Wiedervereinigung Rußlands mit seinen gewaltsam entrissenen, wie auch abgefallenen Gebieten, wobei der Wiedervereinigung das Föderativprinzip zugrunde gelegt werden muß. 3. Aufhebung des Brester Vertrages. Wiederherstellung des Bündnisses mit der Entente und Wiederaufnahme der Ostfront mit militärischer, technischer und finanzieller Hilfe der Entente (diese darf sich aber nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischen und muß auf jegliche Kompensationen verzichten).

Die innere Politik wird durch folgende Punkte bestimmt:

1. Wiederherstellung einer starken und kriegstüchtigen Armee, die vor jedem Einfluß der Parteien bewahrt werden muß und in Person des Oberkommandos der Regierung untergeordnet ist. 2. Politische Organisationen dürfen in der Armee nicht zugelassen werden; die Militärbehörde hat sich aber in die Zivilverwaltung Angelegenheiten nicht einzumischen. 3. Der Kommandobefehl muß ausschließlich aus Personen bestehen, die dazu berufen sind. 4. Einführung einer strengen Disziplin, wobei in der außerordentlichen Zeit die Bürgerrechte der Soldaten unangefastet bleiben müssen.

Die Hauptpunkte im Gebiete der Sozialpolitik lauten folgendermaßen:

1. Die föderativ-demokratische Verfassung muß durch Anerkennung der politischen Unabhängigkeit Sibiriens und durch die der sich selbstverwaltenden Gebiete, gestützt werden. 2. Sofortige Einberufung der konstituierenden Volksversammlung in ihrem jetzigen Bestande. 3. Wiederherstellung einer demokratischen Stadt- und Landratsverwaltung, wobei aber in nächster Zeit neue Wahlen auszusprechen sind. 4. Erzeugung von energischen Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen und der Staatsverwaltung in der russischen föderativ-demokratischen Republik und energischer Kampf mit dem Anarcho-Bolschewismus. 5. Die Nationalpolitik muß auf einer Anerkennung der persönlichen und territorialen Unabhängigkeit der Fremdvölker beruhen.

Die Wirtschaftspolitik wird durch folgende Punkte bestimmt:

1. Kampf mit der Anarchie durch Liquidierung der Sowjet-Organisationen. 2. Unterstützung der Industrie, die nur durch Hinzuziehung des russischen Privat- sowie des ausländischen Kapitals und durch Förderung der privaten Unternehmungskraft demochestigt werden kann. 3. Regulierung der Produktionsfähigkeit der Arbeiter. 4. Ausbau der Arbeitergesetzgebung, der ein wirksamer Schutz der Arbeitenden, die Regulierung der Lohnbedingungen und die Entlassungsbedingungen der Angestellten zugrunde gelegt werden muß. 5. Zulassung der Bildung von Gewerkschaften. 6. Aufhebung des Getreidemonopols und der festen Preise, wobei jedoch die in ungenügenden Mengen vorhandenen Produkte vom Staate zu verteilten sind. 7. Einschränkung der Papiergeld-Emissionen. Wiederherstellung des Steuerapparates und Erhöhung der direkten Einkommensteuer und der indirekten Steuern.

Das Programm der Gegenrevolutionäre geht nicht darauf aus, den jetzt tobenden Bürgerkrieg abzukürzen. Es macht zwar einige demokratische Konzessionen an die Massen, aber wo nicht in der Geschichte geschrieben, daß der Sieg einer Gegenrevolution, die ihre Macht auf Militarismus stützen will, die Durchführung solcher Versprechungen im Sinne der von den breiten Massen gegebenen Wünsche verbürgt? Der Sieg der Gegenrevolution verbürgt neuen Krieg und würde die Wirkung haben, daß die abgefallenen Randgebiete in den wilden Bürgerkrieg hineinbezogen werden, gegen den sie jetzt immerhin abgeperrt sind. Ein Merkmal des Programms ist übrigens, daß den agrarischen Angelegenheiten in weitem Bogen ausgewichen wird. Hier wird eine Schwäche der Gegenrevolution auffällig sichtbar.

Das Schicksal Oesterreich-Ungarns.

Die bisherige Verweigerung einer Antwort auf die österreichisch-ungarische Waffenstillstandsnote durch Wilson hat die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Politik etwas aufgehalten. Die Regierung weiß nicht, wieviel Wilson verlangt und will nicht Offerten machen, solange sie seine Forderungen nicht kennt. Die gegen die jetzige Verfassung Oesterreichs revoltierenden Stämme möchten ihrerseits kein Kompromiß schließen, ehe sie wissen, wie weit sie Wilson unterstützen will.

Trotzdem werden schon jetzt in Oesterreich und Ungarn Ministerien gebildet, die von der Entente, besonders Wilson, als verhandlungsfähig angesehen werden und das Vertrauen für die Durchführung des 10. Punktes des Wilsonschen Programms genießen sollen, der lautet:

„Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir sicherstellen zu sehen wünschen, muß die erste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden.“

Wilson negiert damit nicht Oesterreich-Ungarn als Staatswesen, aber er verlangt seine Umgestaltung an Haupt und Gliedern. Doch ist durchaus fraglich, wo die angebotene Entwicklung enden wird. Die Ungarn wollen das Verhältnis mit Oesterreich auf die Personalunion beschränken, die bisher gemeinsamen Angelegenheiten (auswärtige Politik, Heer, Marine, Staatsschuld, Verwaltung Bosniens und der Herzegowina) trennen und damit den bisherigen dualistischen Aufbau des Staates beseitigen. Zu den Politikern, die diese Lösung an radikalsten vertreten und mit ihr die nationalungarischen Forderungen von 1848 wieder aufnehmen, gehört auch der bekannte pazifistische Graf Michael Karolyi.

Die Polen streben den nationalpolitischen Staat an und haben dem Kaiser Karl bei der Audienz der Abgeordneten rund heraus erklärt, daß ihr Schicksal von den Beschlüssen des Warschauer Regiments abhängt. Die Tschechen verlangen den tschechoslowakischen Staat, die Südslawen den südslawischen, und zwar mit allen Souveränitätsrechten. Beide Bewegungen drohen nicht nur Oesterreich, sondern auch Ungarn zu zertrümmern, wo die Magyaren ihre Vorherrschaft bisher ungleich sicherer behaupten konnten als die Deutschen in Oesterreich. Tschechen wie Südslawen wollen keine gemeinsamen österreichischen Angelegenheiten mehr anerkennen, kein gemeinsames Wirtschafts- und Steuergebiet, keine gemeinsamen Eisenbahnen usw. Wenn es an sich denkbar ist, daß die österreichischen Völker einen Staatenbund bilden, so ist dieser Gedanke doch nur ausführbar, wenn das einheitliche Wirtschaftsgebiet ungeschmälert erhalten bleibt. Sonst wären die Deutschösterreicher mit ihrer stark entwickelten Industrie und ihrem großen Ackerboden zu Arbeitslosigkeit und Hunger verurteilt. Darum verlangt auch Otto Bauer in der „Arbeiterzeitung“, daß die slawischen Nationen den Deutschösterreichern als Käufer und Verkäufer freien, durch keine Zollbarriere behinderten Zutritt zu ihren Gebieten gewähren oder sich mit dem Vorschlag der Deutsch-

Burian zur Friedensfrage.

Optimistische Auffassung.

Wien, 15. Oktober. Im Ausdruck der ungarischen Delegation für Aukeres hielt der Minister des Aukeres Graf Burian das angekündigte Exposé, in dem er u. a. ausführte: Der Friedensschritt der Mittelmächte eröffnet, wie ich mit aufrichtiger Befriedigung feststelle, den Völkern die Aussicht, daß es gelingen werde, in abschließender Frist an allen Fronten zur Einstellung der Feindseligkeiten zu gelangen, und in Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen, dauernden und gerechten Friedens einzutreten.

Die Ausführungen des Präsidenten Wilson vom 27. September haben den Faden der Friedensörterungen, der abgerissen zu sein schien, wieder aufgenommen. Die öffentlichen Äußerungen des Herrn Wilson sind bei uns nie ohne Eindruck geblieben und nie prinzipiell abgelehnt worden. Wir bringen mit der in der Rede Wilsons vom 27. September geäußerten Auffassung der gegenwärtigen Weltlage volles Verständnis entgegen. Wichtig verstanden und zweckmäßig angeordnet werden die von Wilson formulierten Grundzüge, die eine unparteiische Gerechtigkeit verwirklichen sollen, auch wohlthätigen Einfluß auf die im Auge befindliche Regelung der inneren Verhältnisse beider Staaten der Monarchie üben. Unser

Vertrauen in das Wort des Herrn Präsidenten

ist so fest, daß wir Kombinationen mit Entschiedenheit ablehnen, welche seinem Vorgehen taktische, der Monarchie schädliche Motive untergeschoben wollen. Es ist wohl kein zu weitgehender Optimismus, wenn ich annehme, daß wir

Inapp vor der Einstellung der Feindseligkeiten

sehen und in kurzer Zeit mit den Völkern der Entente in Verhandlungen eintreten werden. Was die Zusammensetzung der zu den Friedensverhandlungen zu entsendenden Delegationen anbelangt, ist klar, daß dieselbe keinen rein diplomatischen und bürokratischen Charakter tragen kann. Zu allen Fragen, die spezielle Kenntnisse voraussetzen, werden Fachmänner herangezogen werden. Empfohlen würde ich weiter die Einsetzung eines aus den gesetzlichen Vertretungskörpern gewählten Beirates zur Ermöglichung eines ständigen Kontaktes mit den Volksvertretungen.

österreich an das Deutsche Reich abfinden. Diese Alternative darzustellen sei besonders nötig, weil das von den Deutschen bewohnte Gebiet keinen zusammenhängenden Landkomplex darstellt, sondern durch tschechische Siedlungen getrennt ist, so daß nicht die Bildung eines, sondern zweier deutsch-österreichischer Nationalstaaten nötig wird: eines innerösterreichischen, nordböhmischen und westschlesischen.

Wenn solche oder ähnliche Gedankengänge in der deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Presse früher diskutiert wurden, so schienen sie bedeutungslos, weil sich das deutsch-österreichische Bürgertum nicht um sie kümmerte und in einen stupiden Haß gegen die Arbeiterklasse hineingelassen hatte. Heute steht es am Grabe seiner Hoffnungen und hat sich in seiner Hilflosigkeit geradezu bedingungslos unter die Führung der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie gestellt.

Die tiefe Wandlung, die Oesterreich-Ungarn erfährt, stellt auch die deutsche Politik vor neue Aufgaben und Zielsetzungen. Und wenn sie auch im nächsten Augenblick Zurückhaltung üben muß, so darf sie doch künftige Chancen nicht verschmerzen und mögliche Anknüpfungspunkte nicht übersehen.

Rücktritt Welkerles.

Subapp, 14. Oktober. (Nachung des Ungar. Korz.-Bor.) Nach Mitteilungen aus der heutigen Besprechung der Kabinettsmitglieder das Rücktrittsgesuch des Kabinetts ausgereicht und unterzeichnet worden. Ministerpräsident Dr. Welkerle begab sich am Nachmittag nach Wien, um König Karl das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen. Wie verlautet, wurde der frühere Abgeordnetenhauspräsident Kavaay mit der Kabinettsbildung betraut.

Demonstrationsstreik in Warschau.

Weitgehende Forderungen der Linksradikalen.

Die von den linken Parteien für den 14. Oktober proklamierte einmütige Arbeitseinstellung in Warschau ist eingetreten. Ganz Warschau feiert. Die Zeitungen sind nicht erschienen. Geschäfte und Schulen sind geschlossen, der Straßenbahnverkehr ruht. In der Stadt, welche hier und da polnischen Flaggenschmuck zeigt, herrscht festliches Getriebe, denn um das Hervortreten der Linken zu parieren, fordern mehrere Parteien der Rechten, darunter die Nationaldemokraten und christlichen Demokraten durch Aufrufe auf, den 14. Oktober als nationalen Feiertag zu begehren. Flugblätter der radikalen Parteien stellen die bekannten weitgehenden Forderungen auf, wie sie in den Parteibeschlüssen der letzten Tage bereits zum Ausdruck kamen.

Verurteilung finnländischer Sozialisten. Stockholm, 15. Oktober. (Kosla.)

Western wurden 20 an der Revolution beteiligte sozialistische Landtagsabgeordnete in Finnland verurteilt. 20 wurden zu Zuchthausstrafen von 2 Jahren bis auf Lebenszeit und 9 zum Tode verurteilt.

Verschiebung der nächsten Reichstags-sitzung

Die für heute angelegte Reichstags-sitzung ist vom Präsidenten abgesetzt worden. Die nächste Sitzung findet wahrscheinlich am Freitag.

Die Fraktion zum Kanzlerbrief.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besahe sich am Dienstag mit der Situation, die durch den Brief des Reichskanzlers an den Prinzen von Hohenlohe geschaffen worden ist. Die Fraktion beschloß gegen wenige Stimmen, daß momentan kein Anlaß dazu vorliege, eine Kanzlerkrise herbeizuführen. — Zu Rednern für die politische Debatte wurden die Abgeordneten Ebert und Roske bestimmt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt heute, 10 Uhr vormittags, zu einer Sitzung zusammen.

Weitere Parlamentarisierung.

Gaußmann, Dr. David, Giesberts, Robert Schmidt, Dr. Aug. Müller.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Reihe der neuen Ernennungen, die bereits vor einigen Tagen inoffiziell angezeigt wurden. Es sind beauftragt:

das Mitglied des Reichstags, Rechtsanwalt Gaußmann mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Staatssekretärs;

das Mitglied des Reichstags, Schriftsteller Dr. David mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt;

das Mitglied des Reichstags, Arbeitersekretär Giesberts mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Reichsarbeitsamt;

das Mitglied des Reichstags, Arbeitersekretär Schmidt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt.

Ferner wird der Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ernannt.

Sonder-sitzung des bayerischen Landtags.

Aus München wird unter dem 15. gemeldet: Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sonder-sitzung zusammen-treten, in welcher eine Reihe von wichtigen Gelegenheitsfragen beraten werden soll. Ministerpräsident von Dandl wird in der morgigen Eröffnungssitzung die Stellungnahme der bayerischen Regierung zur gegenwärtigen politischen Lage auseinandersetzen. Daran schließt sich die allgemeine politische Aussprache. Der Kestenerauschuß der Abgeordneten-kammer hat sich dahin geäußert, sämtliche vorgelegte Regierungsvorlagen, einschl. der Lehrer-gesetze, in einer außerordentlichen Tagung zu behandeln und zu verabschieden.

„Amnestie.“

Unter dieser Überschrift brachten wir am 7. Oktober eine Zuschrift des Reichstagsabgeordneten Gen. Davidsohn, die sich mit einer von ihm seinerzeit dem Reichsmarineamt eingesandten Eingabe beschäftigte. Gegen seine Angaben wendet sich jetzt in einem Briefe an uns das Reichsmarineamt. Dem Briefe ist der mit Gen. Davidsohn gewechselte Schriftwechsel des Reichsmarineamts abschreiblich beigefügt. Nach Ansicht des Reichsmarineamts geht aus diesem Schreiben klar hervor, daß eine eingehende Prüfung der von Gen. Davidsohn im April d. J. gemachten Eingabe durch die zuständigen Stellen der Marine stattgefunden habe, deren zusammengefaßtes Ergebnis dem Abgeordneten mitgeteilt worden ist. Der Abg. Davidsohn habe sich nicht veranlaßt gesehen, an das Reichsmarineamt wegen einer näheren Erläuterung dieses zusammenfassenden Ergebnisses heranzutreten, auch habe er scheinbar nicht auf die Beurteilten eingewirkt, ihrerseits die Wiederaufnahme des Verfahrens nach Maßgabe des § 436 der W.-G.-O. Ordnung zu beschreiten, wobei allerdings bemerkt wird, daß ein entsprechender Antrag des einen der beiden in der fraglichen Angelegenheit Beurteilten vom Reichsmilitärgericht als unzulässig verworfen wurde, weil ein gesetzlicher Wiederaufnahmegrund nicht geltend gemacht worden war. Die Marineverwaltung habe daher keinen Anlaß gehabt, von dem infolge der Prüfung der Eingabe des Abg. Davidsohn angefallenen sehr eingehenden Material dem Abgeordneten gegenüber ins einzelne gehenden Gebrauch zu machen. Das Reichsmarineamt sehe sich veranlaßt, die Vorwürfe des Abg. Davidsohn zurückzuweisen.

Wir können zu der Sache keine Stellung nehmen, weil uns selber der Fall, der der Schrift des Gen. Davidsohn zugrunde lag, nicht näher bekannt ist.

Eine Tageszeitung der Unabhängigen für Berlin soll nach der „Leipziger Volkszeitung“ gegründet werden. Ein entsprechender Antrag ist dem Reichskanzler bereits gestellt. Nachdem sich die Unabhängigen als selbständige Partei konstituiert haben, ist es natürlich nur wünschenswert, daß sie auch im Zentrum der deutschen Politik durch eine Tageszeitung zu Worte kommen. Berlin kann zwei sozialistische Tageszeitungen ganz gut vertragen, und die notwendige Aussprache mit den Unabhängigen kann durch ihr neues Organ nur erleichtert werden. Allerdings, wenn die neue Tageszeitung das geistige Niveau des „Mittel-Lungendblattes“ innehielte, würde sie keine Bereicherung des geistigen Lebens von Groß-Berlin darstellen.

Anträge der Unabhängigen. Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, die bezwecken: Aufhebung des Belagerungszustandes, Entschädigung des Reichstags über Krieg, Frieden und Bündnisse, gleiches Wahlrecht in allen Bundesstaaten, Achtstundentag und weitgehende Amnestie. — Die Unabhängigen beantragen, die Sozialdemokraten setzen inszwischen durch. Ein Teil der unabhängigen Anträge läuft sogar bereits, wie man sieht, den von der Sozialdemokratie geschaffenen Tatsachen nach.

Die Abtrünnigen in der Kirche. Unter Bezugnahme auf unseren Leitartikel in Nr. 251 des „Vorwärts“ erucht und Herr Farrer Dr. Anet, Charlottenburg, mitteilen, daß die Mehrzahl der an der Trinitatiskirche in Charlottenburg amtierenden Geistlichen und, soweit bekannt, auch der Gemeindeglieder, völlig auf dem Boden der neuen Volkserziehung stehen. Sie hat nur unter Parteiläusen eingewilligt, daß Dr. Traub als Redner für den 14. Oktober gewonnen wurde.

Kriegsbeschädigte im Postdienst. Bis Ende Juli waren bei der Deutschen Reichspost 14.880 Kriegsbeschädigte dauernd angestellt. Davon waren 6700 vor ihrem Eintritt ins Heer nicht im Postdienste beschäftigt gewesen. Außer diesen dauernd angestellten stehen 4500 Kriegsbeschädigte vorübergehend im Post- und Telegraphendienst, so daß sich die Gesamtzahl der bei der Post tätigen Kriegsbeschädigten auf rund 19.000 beläuft. Diese 19.000 Leute sind keineswegs nur leicht beschädigte Arbeiter, sondern es befinden sich darunter nicht weniger als 3.000 schwerbeschädigte, von denen jeder mehr als 50 Proz. der Rente für Kriegsbeschädigte bezieht.

Letzte Nachrichten.

Vorbereitung französischer Kammerwahlen.

Bern, 15. Oktober. (Ein. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Der regierungstreue konservative „Independant“ für die Departements der Alpenländer verbreitete die bisher noch unbekannt gemachte, daß Clemenceau für den Mai 1919 Neuwahlen vorbereitet. Die Soldaten sollen in den Heimatgemeinden wählen, um ihre Unabhängigkeit sicherzustellen. Sie sollen regionenweise Heimurlaub bekommen. „Journal du Peuple“ begrüßt diese Nachricht und wünscht ihre offizielle Bestätigung.

Die Schlacht in Flandern.

Englischer Abendbericht vom 14. Oktober. Die flandrische Armee-gruppe unter Führung des Königs der Belgier griff heute früh um 5.30 Uhr an. Die zweite britische Armee ging ungefähr 7 Kilometer in der Richtung auf Courtrai vor, wobei sie die wichtigen Dörfer Kolleghem, Cornele, Ledeghem, Morfelle nahm und die nördlichen Ausläufer von Menin erreichte. Die belgische Armee ging ungefähr 8 Kilometer gegen Ingelmunster und Thourout vor und nahm die Dörfer Kumbek, Binfel, Et. Cloo, Erdenne, Hooghe, Coortemard und Hondzame. Die französische Armee griff mit belgischen Truppen auf beiden Flanken an und besetzte die Hochfläche bei Geite, Hooghe, Gildere sowie die Dörfer Beeren, Hooghe, Geite, Et. Joseph, Kouters. Die Zahl der bisher gefallenen Belgier übersteigt 3300 auf belgischer, 2500 auf französischer, 2200 auf englischer Seite. Die genaue Zahl der genommenen Geschütze ist noch nicht bekannt. Sechs vollständige Batterien wurden erbeutet, als sie im Begriff standen, sich zurückzuziehen.

Gewerkschaftsbewegung

13. Verbandstag der Schneider.

Kassel, 14. Oktober.

Der Verbandstag wurde heute vormittag vom Verbandsvorsitzenden Stähler in Berlin im Restaurant „zum kleinen Stadtpark“ bei Anwesenheit von 66 Teilnehmern eröffnet. Er erinnerte in seiner Eröffnungsrede daran, daß am 1. Oktober d. J. 80 Jahre seit Bestehen des Verbandes verstrichen sind. Die Generalkommission vertritt Silberstein in Berlin. Bei Prüfung der Mandate wurde das Mandat von Langer in Breslau wegen Wahlbeeinträchtigung für ungültig erklärt. Runge in Berlin und Spreberg in Hamburg wurden als Vorsitzende des Verbandstages bestimmt. Bei Festlegung der Tagesordnung kam ein Antrag, die Haltung der Generalkommission als besonderen Punkt zu behandeln, zur Ablehnung. Ein Berliner Delegierter will jedoch beim Geschäftsbericht des Vorstandes unbeschränkte Redezeit haben.

Den Vorstandsbereich erstattete darauf Verbandsvorsitzender Stähler, der den bereits von uns besprochenen gedruckten Bericht ergänzte. Er verbreitete sich besonders eingehend über die Bemühungen des Vorstandes für die Durchsetzung von Teuerungszulagen. Die zunehmende Teuerung mache eine erneute Teuerungszulage notwendig. Redner begründete folgende Forderungen, deren Aufstellung Vorstand und Beirat empfehlen:

1. Ein weiterer Kriegszuschlag von mindestens 40 Proz. auf den Gesamtlohn.

2. Erhöhung der Grundlöhne für sämtliche im Städtelohn beschäftigten Schneider und Schneiderinnen.

3. Erhöhter Kriegszuschlag für Heimarbeitler in solchen Orten, wo im Tarif ein Heimarbeiterszuschlag nicht vorgesehen ist.

4. Verkürzung der Arbeitszeit in allen Betrieben, wo dieselbe noch mehr als 9 Stunden beträgt, mit der Maßgabe, daß eine Normalarbeitszeit von 9 Stunden täglich nicht überschritten werden darf.

Zum Schluß seiner Ausführungen ging Stähler auf die Streitfragen bezüglich der gewerkschaftlichen Kriegspolitik, die Angriffe auf die Generalkommission ein. Er weist zurück, daß diese Fragen der wichtigste Punkt des Verbandstages sein sollten, und bestritt entschieden, daß die Gewerkschaften während des Krieges einen anderen Weg gegangen sind als in Friedenszeiten. Die Generalkommission habe nach bestem Wissen und Können alles getan, um die Leiden des Krieges für die Arbeiterklasse herabzumildern. Wenn der Verbandstag über diese Fragen entscheiden habe, müsse der Streit darüber aus den Mitgliederversammlungen verschwinden.

Der Kasseler Bericht nach sodann Heitmann in Berlin, der die Finanzverhältnisse näher erläuterte. Aufgabe des Verbandstages müsse sein, die Kostenverhältnisse so zu gestalten, daß der Verband allen Anforderungen, die nach dem Krieg an die Organisation herantraten werden, gewachsen ist. Der gegenwärtige Kasselerbestand beträgt rund 885 000 M.

Für den Ausschuh berichtete Stäblich in Hamburg, daß Beschwerden über die Tätigkeit des Vorstandes nicht eingegangen sind. Man könne daraus schließen, daß die Mitglieder mit derselben zufrieden seien. Auch über den Inhalt des Verbandsvorgangs sind Beschwerden nicht erhoben worden.

Es folgte nun die Diskussion über die Verträge ein. Zunächst sprach für die Opposition in unbeschränkter Redezeit Wolff (Berlin), der eingehend eine längere Berliner Resolution, die sich gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaften richtet, begründete.

Wir berichten über diese Aussprache morgen im Zusammenhang.

Die Lohnverhältnisse der Militärkattler.

In einer am Montag abgehaltenen Mitgliederversammlung der auf Militärausrüstung beschäftigten Sattler und Arbeiterinnen trug der Verbandsleiter Schuler die Ergebnisse einer kürzlich vom Verband aufgenommenen Statistik, die um deswillen sehr interessant ist, weil es die irrtümliche Annahme, in der Rüstungsindustrie würden ganz allgemein fabelhaft hohe Löhne verdient, zahlenmäßig widerlegt.

Die Erhebung erstreckt sich auf 83 Betriebe der Militärbranche. Sie ist also, wie der Referent betonte, so umfassend, daß sie ein getreues Bild von den Lohnverhältnissen der Berliner Militärkattler bietet. In den 83 Betrieben sind 1108 männliche und 768 weibliche, im ganzen 1876 Arbeiterkräfte beschäftigt. Die Jugendlichen unter 17 Jahre sind nicht berücksichtigt. Die festgestellten Löhne sind folgende: 724 Arbeiter verdienen durchschnittlich pro Stunde 1,83 M. Bei den Handarbeitern beträgt der Durchschnittsverdienst 1,80 M., bei den Maschinenarbeitern (es sind nur 10 Personen) 2,97 M. Von den 724 Arbeiterkräften leben 830 mit ihrem Lohn über dem Durchschnitt. — Lohnarbeiter sind 882 festgestellt. Sie haben einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1,61 M. Bei den Handarbeitern beläuft sich der Durchschnittslohn auf 1,50 M., bei den Maschinenarbeitern auf 1,76 M. Bei 166 Lohnarbeitern steht der Lohn über dem Durchschnitt. — 501 Arbeiterinnen haben einen durchschnittlichen Stundenlohn von 1,26 M. Bei den Handarbeiterinnen beträgt der Durchschnittsverdienst 1,13 M., bei den Maschinenarbeiterinnen 1,40 M. pro Stunde. Von den Arbeiterkräften haben 121 mehr als den Durchschnittsverdienst. Bei den 457 Lohnarbeiterinnen beläuft sich der durchschnittliche Stundenlohn auf 0,78 M. Er beträgt bei den Handarbeiterinnen 0,72 M., bei den Maschinenarbeiterinnen 0,88 M. durchschnittlich. Von den Lohnarbeiterinnen stehen 222 über dem Durchschnitt. — Der Referent schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung: Das sind Löhne, die den heutigen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen, um so weniger können die Arbeiter und Arbeiterinnen der Militärkattlerausstattungsbranche mit ihrem Verdienst auskommen, als die Arbeitszeit in vielen Betrieben wegen Arbeitsmangel unter 8 Stunden in der Woche verkürzt worden ist. Die Lage der Arbeitnehmer muß hiernach als recht unangünstig bezeichnet werden.

Darauf berichtete Schuler über die mit den Fabrikanten am 8. Oktober gepflogenen Verhandlungen über die Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage. Wie der „Vorwärts“ in der letzten Sonnabendnummer mitgeteilt hat, sind die Verhandlungen ergebnislos geblieben, weil das Angebot der Unternehmer so gering war, daß es von den Arbeitern nicht angenommen werden konnte. Diese haben sich deshalb an das Kriegsamt gewandt.

In der Diskussion über den Bericht des Referenten kam der lebhafteste Unwille über das Behalten der Fabrikanten zum Ausdruck. Einige Redner bedauerten, daß die Arbeiter sich durch den Abschluß des Reichstaxtarifs gebunden haben, anstatt die Konjunktur in der ersten Kriegszeit auszunutzen, wie es die Unternehmer getan haben. Wären die Arbeiter so vorgegangen, dann hätten sie jetzt doppelt so hohe Löhne wie die zurzeit bestehenden. Nur durch überlange Arbeitszeit konnten die Arbeiter in den Zeiten der besten Konjunktur auskömmliche Verdienste erzielen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 14. Oktober tagende Versammlung der auf Militärausrüstungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt empört Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Militärausrüstungsfabrikanten, eine zeitensprechende Erhöhung der jetzigen Teuerungszulage einzutreten zu lassen. Diese Haltung ist um so unerbittlicher, als die Wehrzahl der Fabrikanten in ihren eigenen Betrieben, nachdem das Verlangen der Arbeitnehmer als berechtigt anerkannt hat. Die jegliche korporative Weigerung zeigt ausnewe, daß die Vereinigung Deutscher Heeresausstattungsfabrikanten, unbeschadet der Lage der Arbeitnehmer, jeden noch so gerechten Ausgleich verweigert, wenn für sie nicht ein besonderer Extraprofit dabei herausschwingt.“

Da es nicht Aufgabe der Arbeiterorganisation sein kann, höhere Preise für die Unternehmer von den Behörden zu erwirken, so befragen die Versammelten die Gänge ihrer Verhandlungskommission

und erklären sich voll und ganz damit einverstanden. Sie erwarten von dem inzwischen zur Vermittlung angerufenen Kriegsamt eine gerechte Prüfung und entsprechende Behandlung ihrer eingereichten Forderungen.“

Die Lohnbewegung der Bäcker Berlins.

Die Verhandlungen des Verbandes der Bäcker und Konditoren mit den Arbeitgeberorganisationen haben bis jetzt den Erfolg gehabt, daß mit der Brotfabrikantenvereinigung und mit der Freien Vereinigung der Bäckermeister ein Abkommen zustande gekommen ist. Die Verhandlungen mit dem Brodbrotverband der Bäckerinnungen sind noch nicht abgeschlossen.

Nach dem Abkommen mit den Brotfabrikanten beträgt der Wochenlohn für Gesellen mindestens 84 M., für Hilfskräfte, die bei der Herstellung von Backwaren beschäftigt werden, mindestens 42 M.

Die Freie Vereinigung der Bäckermeister hat einen Wochenlohn von mindestens 75 M. für Gesellen und mindestens 42 M. für Hilfskräfte bewilligt.

Außerdem enthalten die Vereinbarungen mit den beiden genannten Arbeitgeberorganisationen folgende Bestimmungen: Alle Löhne sind sofort um 10 M. für Gesellen und 5 M. für Hilfskräfte zu erhöhen. Wenn dadurch die vorstehenden Mindestlöhne nicht erreicht werden, sind diese zu zahlen. Größere und leistungsfähige Betriebe zahlen höhere Löhne. Gearbeitet wird nur an den sechs Wochentagen täglich 9 Stunden einschließlich der Pausen. Leberstunden sind zu vermeiden, wo sie nicht umgangen werden können, sind sie den Gesellen mit 1,80 M., den Hilfskräften mit 90 Pf. für die Stunde zu vergüten. Sonntagarbeit ist nur in dringenden Fällen zu leisten und wird dann je angefangene Stunde den Gesellen mit 8 M., den Hilfskräften mit 1,50 M. vergütet. — Betriebe ohne Gesellen dürfen nicht mehr als einen Lehrling haben; bevor der zweite Lehrling eingestellt wird, müssen mindestens zwei Gesellen beschäftigt werden. — Das eingeleitete Tarifamt hat einen zentralisierten Arbeitsnachweis zu schaffen.

Einer am Dienstagabend abgehaltenen Versammlung der Bäcker und Konditoren legte Heßhold die vorstehenden Vereinbarungen vor und führte aus, daß auch die Innungen bereit sind, hinsichtlich der Löhne und der Arbeitszeit dieselben Zugeständnisse zu machen, die die Freie Vereinigung gemacht hat, so daß also auch mit den Innungen eine Vereinbarung zustande kommen wird. — Der Referent betonte, daß die Vereinbarungen hinsichtlich der Sonntagarbeit einen großen Fortschritt bedeuten. Auch die Innungsvertreter sind dem Standpunkt beigetreten, daß die Sonntagarbeit während der Kriegszeit zu entbehren ist. Aber nach dem Krieg wird die Sonntagarbeit bei einem Teil der Bäckermeister auf den alten Widerstand stoßen, der aber von den Arbeitnehmern mit der größten Entschiedenheit bekämpft werden wird. Die volle ungeschmälerte Sonntagruhe muß endlich eine dauernde Einrichtung im Bäckergewerbe werden.

Dem Antrage des Referenten entsprechend stimmte die Versammlung den Vereinbarungen zu.

Bayerischer Parteitag.

München, den 13. Oktober 1918.

Inmitten sich überschlagender Ereignisse waren aus allen Teilen des Landes die Vertreter des werktätigen Volkes nach Bayerns Hauptstadt geeilt, um am 14. sozialdemokratischen Parteitag der Volkstimme gebührenden Ausdruck zu verleihen.

Am Sonnabend wurde der Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes entgegengenommen und der Geschäftsführung einstimmig Entlastung erteilt. Ebenso fand die Neuorganisation der sozialdemokratischen Partei Bayerns im Sinne des vom Zentralschreibers vorgelegten Entwurfs nach kurzer Debatte mit einigen Änderungen gegen wenige Stimmen Annahme.

Mit großer Spannung wurde am Sonntag früh allgemein der Vortrag des Genossen Detmann über Reichs- und Außenpolitik erwartet. Genosse Müller verhandelt es, ein klares und wahrheitsgetreues Bild der inner- und außenpolitischen Verhältnisse zu zeichnen, die zum Weltkrieg und schließlich zu der heutigen unerquidlichen Lage für Deutschland führten. Mit scharfen Worten wandte sich der Redner gegen die Kriegsverlängerer, deren unterverantwortliche Krebserkrankung für das deutsche Volk von so verhängnisvoller Wirkung waren. Der Vertreter des werktätigen Volkes wurde hier zum unerlässlichen Ankläger der verantwortlichen und verantwortungslosen Persönlichkeiten im Reich, deren Schuld heute unüberleugbar feststeht. Das Volk aber wird von den Schuldigen, die die Verantwortung für die Millionenopfer an Gut und Blut trifft, Rechenschaft verlangen. Der wiederholte lebhafteste Beifall, der die treffendsten Ausführungen des Redners begleitete, steigerte sich zu stürmischer Zustimmung, als Genosse Müller mit dem Satze schloß: Alle Ursache haben wir, mit aller Kraft des Herzens unser Glaubensbekenntnis abzugeben für den Völkerverband, der ein Wegbereiter sein wird der internationalen Sozialdemokratie.

Die hierauf angenommene Entschließung, deren Wortlaut der „Vorwärts“ bereits gestern mitteilte, fand einstimmige Annahme.

Am Nachmittag erstatteten die Genossen Segel in Nürnberg und Timm in München Bericht über die nächsten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben in Bayern. Während Segel im politischen Teil Bayerns Verfassung und Verwaltung einer unheimlichen Kritik unterzog, behandelte Timm den wirtschaftlichen Teil, wie Demobilisierung, Arbeitslosenfürsorge und Arbeiterfragen, Wohnungsfürsorge und Volksernährung mit scharfer Sachkenntnis und Gründlichkeit. Der Parteitag folgte den beiden Rednern mit interessierter Aufmerksamkeit und gab seinem Einverständnis durch wiederholte Zustimmungskundgebungen Ausdruck.

Der einstimmige Wille des Parteitages gab sich kund durch Annahme von zwei Entschließungen, die in folgenden Forderungen gipfeln:

I. Damit ein neues Bayern ohne katastrophal sich auswirkende Krisen entstehen kann, müssen alle in der räuberischen bayerischen Verfassung und Verwaltung liegenden Hindernisse beseitigt werden. Dabei muß mit dem mittelalterlichen Ständewesen, das noch in der Reichstagskammer ein längst überlebtes Dasein fristet, vollständig aufgeräumt werden. Mit ihm sind alle Vorrechte der Geburt und des Standes zu beseitigen und das Ständewesen aufzulösen. In den Verfassungs- und Verwaltungsverhältnissen Bayerns müssen die neu gewordenen Rechtsverhältnisse zur Geltung kommen. Zu diesem Zwecke ist die Einführung des Proportionalwahlrechts für alle volljährigen bayerischen Staatsangehörigen eine Notwendigkeit geworden. Die durch das Proportionalwahlrecht vom Volke gewählte Kammermehrheit hat das verantwortliche Ministerium zusammenzusetzen und den Regierungskurs zu bestimmen. In die Hände der Kammer wird die Wahl der Bundesratsmitglieder gelegt, die auch von ihr mit Instruktionen versehen werden. Mit der Verfassung zugleich ist die Verwaltung freibleiblich auszugestalten und zu vereinfachen. Als Grundlage für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften dient das Proportionalwahlrecht des Landtags. Die Aufgaben der Selbstverwaltung der Gemeinden, Distrikte und Kreise sind zu vertiefen. Der Erwerb des Bürgerrechts darf an keine Gebühr geknüpft werden. Ein freies Bayern muß die vollständige Gewissens-, Religions- und Kulturfreiheit gewährleisten. Der in der vorgeschlagenen Weise demokratisierte und in seinen sozialen und kulturellen Funktionen erweiterte Staat wird auf allen Gebieten, besonders auf dem der Lebensmittelfürsorge, der Produktion und Verteilung der Bedarfsartikel, höherer Leistungen vollbringen als der bisherige engstirnige Ständestaat. Er ist in der Lage, alle Schaffenden, die wertvolle städtische und bäuerliche Bevölkerung, im Interesse der Gemeinschaft wirksam zu fördern. Er kann eine Produktionspolitik atonen Stills treiben und in ungeahnter Weise die Produktivkräfte Bayerns erschließen. Der Parteitag der Sozialdemokratie Bayerns erstrebt deshalb die Ver-

wirkung der hier vorgelegenen Staats- und Verwaltungsreformen als einen wichtigen Schritt zu einer freibleiblichen demokratischen Umgestaltung und zur sozialen und kulturellen Hebung Bayerns.

II.

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie fordert von Reich, Staat und Gemeinden, daß sie alles aufbieten, damit möglichst automatisch eine reibungslose Ueberleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft erfolgt. Der Rüstungsindustrie muß die Verpflichtung auferlegt werden, durch weitestgehende Verkürzung der Arbeitszeit die Umstellung ihrer Betriebe in die Friedenswirtschaft unter möglichster Beibehaltung ihrer bisherigen Arbeiter zu vollziehen. Das Reich hat die Verpflichtung, durch finanzielle Beihilfen den Uebergang der Rüstungsindustrie zur Friedenswirtschaft planmäßig zu unterstützen und damit katastrophale Wirkungen einer plötzlichen großen Arbeitslosigkeit zu verhindern. Reich, Staat und Gemeinden haben weiter unter- züglich ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten nach eintretendem Friedensschluß vorzubereiten und die hierfür notwendigen Mittel bereitzustellen. Zur Wiedermehrung der nach dem Kriege einsetzenden und in der ersten Zeit sehr umfangreichen Arbeitslosigkeit ist schnellstens eine ausreichende Erwerbslosenunterstützung auf breiter Grundlage zu organisieren und hierfür entsprechende Mittel bereitzustellen. Der Parteitag erwartet, daß das neue Reichsarbeitsamt in großzügiger Weise unter Mitwirkung der Gewerkschaften und in Verbindung mit den Bundesstaaten alles unternimmt, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu fördern. Bei dem eintretenden Waffenstillstand sind sofort die militärischen Bauverbote aufzuheben, damit der Kleinwohnungsbau umfangreich und schnellstens einsetzen kann. Um dies zu ermöglichen, muß das Reich endlich große Mittel sofort bereitstellen zur Vergütung des verlorenen Mehraufwandes der Baukosten. Die bayerische Staatsregierung und die Gemeinden müssen deshalb sofort ausreichende Mittel gewähren unter späterer Verrechnung mit dem Reich, damit die Bauaktivität endlich beginnen kann. Die Volksernährung wird besonders in der Uebergangswirtschaft unter großen Schwierigkeiten zu leiden haben. Die Erhaltung der Volksgesundheit verlangt aber, daß mit den bescheidenen Mitteln der Ernährungswirtschaft gründlich gebrochen wird. Für die notwendigen Lebensmittel wie Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fett, Eier, Käse usw. müssen die Nationen erzhöt werden. Der Landwirtschaft müssen so bald als möglich die nötigen Arbeitskräfte, ferner Maschinen, Maschinen, Geräte, Futtermittel und Düngemittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Verfügungen müssen dazu dienen, die Preise der Agrarprodukte zu senken. Der Parteitag ist sich voll der großen Aufgaben zum Aufbau einer neuen Kultur sowie der Widerstände, die der grundsätzlichen Umgestaltung des Staates an Haupt- und Gliedern zu einer demokratischen, freien genossenschaftlichen Gesellschaft entgegenstehen, wohl bewußt. Vertrauensvoll auf die Kraft unseres Volkes, erwacht der Sozialdemokratie die Pflicht, geschloßen zusammenzutreten, um durch die wirtschaftliche und politische Macht der organisierten Arbeit von unten herauf die kulturwidrige kapitalistische Herrschaft zu beseitigen.

Industrie und Handel.

Polen im fünften Kriegsjahr.

Im „Deutschen Außenhandel“, dem Organ des Handelsvereins, schreibt dessen Vertrauensmann für Polen, Robert Schultze, Wroclaw:

Polen hat sich in den Kriegsjahren fast verändert: Die Industrie ist zusammengebrochen und die wenigsten Betriebe sind in Gang. Der Handel hat sich größtenteils durch heute vollzogen, die vor dem Kriege dem angesehenen Kaufmannstande nie angehört haben. Der Kapitalismus hat sich fast verabschiedet: Viele Großkapitalisten sind durch Requisitionen, Betriebsstillstand bei jahrelanger ausgeübter Arbeiterunterstützung, ferner durch Rieterverluste, wie auch durch Nichterbringen ihrer Kassenstände in Ausland kapitalistisch geworden. Umgekehrt haben viele Tausende in Lodz und Warschau, die vor dem Kriege nur einen Wochenverdienst von 25—30 Rubel hatten, im Kriege hauptsächlich in den Jahren 1916/1917, größere Vermögen erworben. Da aber der Krieg immer länger dauerte und nur wenige dieser Kaufleute auch 1918 noch größere Summen verdienten, so besitzen auch diese Kriegsgewinnler, die mittlerweile große Anschaffungen machten und viel Geld ausgaben, heute meist nur noch einen Teil ihres gewonnenen Vermögens.

Die Hausbesitzer in den größeren Städten Polens sind dank dem Wertzuwachs ihrer Immobilien gut daran, obgleich sie die Wieten nicht besonders erhöhen konnten. Viele haben auch den jetzigen niedrigen Kubelfuß benützt, um ihre Hypothekenschulden zurückzuzahlen, da Kubel ja von den Schuldnern angenommen werden müssen.

Die Vorgänge in der Landwirtschaft Polens sind genügend bekannt: Sie hat sowohl kulturell wie finanziell durch den Krieg gewonnen. Aus dem bedürftigen, verarmten polnischen Bauer ist ein „Kulturmenschen“ geworden. Hier hat besonders die deutsche Besetzung des Landes fast aufstrebend und beiderseitig gewirkt. Die hervortretenden Preise für Vieh und Ackerprodukte haben, wie überall, auch in Polen dem Bauer eine neue finanzielle Grundlage gegeben. Schweres Geld haben auch die Waldbesitzer verdient, wie überhaupt alle, die mit der Holzindustrie zu tun hatten.

Soziales.

Aus der Alkoholgegnerbewegung.

Im Festsaal des Preussischen Abgeordnetenhauses tagte vom 30. September bis 3. Oktober der 9. deutsche Abstinenztag. Ueber Forderungen für die Gastwirtschaftsregulierung und die Gasthausreform sprachen die Schriftleiter J. Goeckel-Hamburg und Reichstagsabgeordneter G. Davidsohn-Berlin. Die Forderungen umfaßten a. a. ein Einspruchsrecht der Einwohnerchaft bei der Erteilung und Erneuerung von Schenkerlaubnissen, Ausschaltung des Privatinteresses beim Alkoholverkauf, Sammlung der für den Alkohol geltenden Bestimmungen in einem Alkoholgesetz. Die Jugendarbeit der Alkoholgegner in Auffassung und Organisation behandelten Pfarrer J. Paulus-Bonn, Studienrat Dr. C. Neumann-Keiße und Fräulein H. Lohmann-Bielefeld. Ueber die Engländer der Enthaltensbewegung in die allgemeinen Bewegungen der Volkswirtschaft und Volkserziehung, namentlich der Bevölkerungspolitik, sprachen Vater prüf. J. Erving-Heidhausen und Frau Joh. Frieze-Schmidt-Schwerin. Die Förderung der Frage der Aufgaben der im deutschen Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus organisierten Vereinigungen erfolgte auf Grund eines Vortrages des Dr. H. Burdardt-Berlin im Sinne der Begründung des Geh. Konfiliariums-Universitätsprofessors D. Wabing, der die nationale, soziale und ideale Richtung der Bewegung hervorhob, die zielbewußt unser deutsches Volk innerlich frei und froh machen will. Erster Vorsitzender des Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus wurde Prof. Dr. Delbrück-Bremen, zweiter Dr. Burdardt-Berlin, Geschäftsführer J. Goeckel-Hamburg.

Frauen-Leseabende.

Lichterfelde, Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. Bei Trägert, Lindenbühlweg 45, Fortsetzung des Vortrages: Die rote Feldpost. Erntes und Getreide aus der Zeit des Kaiserreichs. Referent: Genosse Vid.

Verantwortlich für Politik: Erich Ruttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Berlin; für Anzeigen: Theodor Gluck, Berlin. Verleger: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag, Berlin. Preis: 10 Pf. Einmalig. Einzelhefte 5 Pf. in Berlin, Lindenbühlweg 45. Hierzu 1 Beilage aus Unterhaltungsblatt.